Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 24. Juni 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 146

15 Millionen fordern Kampf gegen das Schandkompromiß

Deutschnationaler Vorstoß: Kompromiß gegen Wucherzölle — Stimmenthaltung der SPD. — Verhindert den neuen Verrat!

„Ungünstiger Stand der Fürstenvorlage" — „Die Mitte bleibt gerade", so jammert die Abend-Ausgabe des „Vorwärts" vom 23. Juni, während der heutige „Vorwärts" sich über den Stand der Verhandlungen zwischen Regierung und Sozialdemokratischer Partei in tiefstes diplomatisches Schweigen verhüllt. „Bis jetzt haben die Herren der Rechten eine Taktik getrieben, die zum Gottserbarmen ist" — so jammern die „Leipziger Neuesten Nachrichten". „SPD.-Führer und industrielle Großbourgeoisie stellen zu gleicher Zeit fest, daß der Schwindel mit der Harmonie der Parteien bezüglich des Regierungskompromisses erledigt ist.

Bei den gestrigen Beratungen wurden sämtliche sozialdemokratischen Anträge mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Diese Anträge sollten ganz bescheidene, ja lächerliche und z. T. nichtssagende Verbesserungen durchsetzen. Der wichtigste Antrag, daß über die Fürstenabfindung nicht ein Hindenburg-Gericht, sondern ein vom Reichstag gewähltes Sondergericht entscheiden soll, wurde ebenfalls abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag im übrigens nur verlangt, daß zur Hälfte Richter und zur Hälfte Laien im Gerichtshof sitzen sollen.

Die Regierungsvorlage ist meistens von den Regierungsparteien bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden.

Die SPD. hatte nicht einmal den Mut gehabt, gegen das Schandkompromiß der Regierung im Rechtsausschuß zu stimmen.

Die Regierung steht nun auf dem Standpunkt, daß das Gesetz verfassungsändernd sei und der Zweidrittelmehrheit bedarf.

Die Deutschnationalen fordern als Preis ihrer Zustimmung die vorbehaltlose Zusage der Regierung, daß die Verdoppelung der Getreidezölle ab 1. August eingeführt wird. Dieser Preis ist so ungeheuerlich, daß selbst die Industriebourgeoisie sich genötigt sieht, gegen die deutschnationale Erpressung zu protestieren. Darauf beziehen sich folgende Andeutungen in den heutigen „Leipziger Neuesten Nachrichten": „Als ganz besonders bedrohlich wird fernerhin der Umstand angesehen, daß von gewissen Seiten der Versuch gemacht wird, die Fürstenabfindung und die Zollfragen miteinander zu verquicken und zum Gegenstand eines Tausch- und Schachergeschäftes zu machen."

Es ergibt sich also die Situation: Die Marx-Regierung braucht zu ihrem Schandkompromiß eine Zweidrittelmehrheit. Aber: woher nehmen und nicht stehlen? Daß die Regierungsparteien das ganze Gesetz als ein Betrugsmanöver auffassen, ging aus einem Zwischenruf des Vorsitzenden Kahl im Rechtsausschuß hervor. Als Rosenfeld erklärte, daß die Gefahr vorläge, daß das Gesetz überhaupt keine praktische Anwendung fände, machte Kahl den Zwischenruf: „Dann hat ja das Gesetz seinen Zweck erfüllt!"

Trotzdem machen die Deutschnationalen ihre Zustimmung von den Wucherzöllen abhängig und es ist fraglich, ob das Zentrum und die Demokraten durch Kapitulation auch vor dem Zollwucher einen Selbstmord begehen wurden.

Die Entscheidung liegt also in den Händen der Sozialdemokratie. Wird die Regierungsvorlage, die der Zweidrittelmehrheit bedarf, von den Parteien, die für den Volksentscheid eingetreten sind, abgelehnt, dann sind die Pläne der Fürstenabfindung gescheitert und es bleibt für die Regierung nichts anderes übrig, als die Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Die 15 Millionen Werktätigen fordern die Auflösung des Reichstages. Sie müssen durch die Einheitskomitees, durch Versammlungen sofort ihren Willen bekunden! Ein Verrat der SPD.-Führer, der durch die Stimmenthaltungen bei den Abstimmungen über die Regierungsvorlage schon zum Teil vollzogen wurde, kann nur durch die Aktion der Massen verhindert werden.

Ein Schwindel nicht weniger gefährlicher Art ist auch der angebliche Plan der Regierung, im Falle des Scheiterns des Fürstenkompromisses die Entscheidung bis zum Herbst zu vertagen, so daß die Frage der Reichstagsauflösung auch erst im Herbst zur Entscheidung stehen soll.

Die SPD.-Presse schweigt. Die 15 Millionen Werktätigen müssen dieses Schweigen brechen und die SPD.-Führer vor die klare Entscheidung stellen:

Mit Hindenburg-Marx für die Fürsten oder mit den 15 Millionen Werktätigen gegen Fürstenraub und Zollwucher?

Der Volksentscheid hat die Aktivität der Arbeiterschaft gesteigert. Diese Aktivität muß weiter gesteigert werden. Heraus zum Kampf um die Forderungen der Werktätigen!

Die SPD.-Führer im Büßerhemd

Halle, 24. Juni.

Jeder hat seine Sorgen. Die kommunistischen Arbeiter und ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, die den Kampf um den Volksentscheid als einen Kampf der Werktätigen gegen die Fürstenfront der Hindenburg-Marx-Regierung, der Schwerindustrie und der großagrarischen Zollwucherer aufgefaßt und geführt hatten, fragen sich: „Wie können wir die 15 Millionen Werktätigen für die Verteidigung ihrer Interessen weiter zusammenhalten, die Einheitsfront der Werktätigen organisatorisch festigen, politisch vertiefen, den Kampf um eine Teillösung in einen Kampf gegen die gesamte Ausbeuterklasse zu verwandeln?"

Auch die SPD.-Führer, die in die Aktion für den Volksentscheid von den sozialdemokratischen Massen hineingeprügelt wurden, haben ihre Sorgen. Allerdings Sorgen ganz anderer Art.

Einen Begriff davon gibt der Artikel „Bundesgenossen der Reaktion" im „Volksblatt" vom 23. Juni.

„Wie kann ich mich reinwaschen?"

„Wie kann ich die proletarische Einheitsfront zerschlagen?"

Das sind die Hauptsorgen der SPD.-Führer. Wie können sie sich reinwaschen? Denn die bürgerlichen Koalitionsgenossen, aber künftigen Koalitionsgenossen im Zentrum, auch bei den Demokraten, machen der SPD.-Führung schwere Vorwürfe, daß sie sich von ihrer Mitgliedschaft „terrorisieren" ließen und nicht vielmehr die Mitgliedschaften zu terrorisieren verstanden, um diese vom Volksentscheid abzubringen. Und die Industriebarone von der Deutschen Volkspartei stellen sogar ein Ultimatum: Entweder verzichtet die SPD. auf den Marxismus und den Klassenkampf, oder wird sie aus der „Volksgemeinschaft" ausgeschlossen. Daß die Kohlenbarone, die in der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 23. Juni dieses Ultimatum stellen, dabei die SPD.-Führer richtig einzuschätzen wissen, beweist folgende Stelle in dem mit der bezeichnenden Ueberschrift „Einheitsfront gegen den Marxismus" versehenen Artikel:

„Zwar ist anzunehmen, daß dem sogenannten gemäßigten Teil des Marxismus (einem Teil der weiterdenkenden, sozialistischen Führerschicht) vor den kommenden Dingen allmählich graut; aber durch ihr bisheriges passives Verhalten sind die Ereignisse schon soweit in Fluß geraten, daß eine Umkehr nicht mehr möglich ist . . ."

Worauf dann diese Unmöglichkeit doch für möglich erklärt wird unter der Bedingung, daß die SPD.-Führer jede „Parteipolitik" aufgeben und sich der „Staatspolitik" unterordnen.

„Wie kann ich mich reinwaschen?" Am besten, wenn ich zwei Fliegen mit einer Klappe schlage und gegen die proletarische Einheitsfront eine verschärfte Kampagne inszeniere. Dieser Gedankengang der SPD.-Führer zeigt, daß sie die Wünsche der Bourgeoisie, deren Geist ihr Geist ist, richtig erkannt haben. Die Kapitalistenklasse weiß, welche Riesenkraft der geeinigten Arbeiterklasse innewohnt und hat durch den Volksentscheid begriffen, daß diese Kraft Millionen von kleinbürgerlichen Wählern der Bourgeoisie zu entreißen vermag. Wie im Jahre 1918, rechnet sie auch jetzt darauf, daß sie ihre wankende Herrschaft mit Hilfe der SPD.-Führung befestigen kann. Der Unterschied besteht darin, daß sie diesmal viel weniger Schein-Konzessionen zu gewähren bereit ist.

Der „Volksblatt"-Artikel stellt die Geduld der sozialdemokratischen Arbeiter in Halle-Merseburg auf eine harte Probe. „Ueberall da, wo die Sozialdemokratie niemals mit den Kommunisten in irgendeiner engeren Verbindung gestanden hat, ist der Erfolg des Volksentscheids ein ungeheurer. Wäre die Sozialdemokratie der kommunistischen Parole der sogenannten „Einheitsfront" gefolgt, dann hätte man Millionen von Wählern abgeschreckt. Die Verbindung mit den Kommunisten stärkt nicht, sondern schwächt nur."

Sie schwächt allerdings — **die Position der SPD.-Führer bei der Bourgeoisie**, nicht aber die Kraft der Arbeiterklasse! Die sozialdemokratischen Arbeiter im Bezirk **Halle-Merseburg**, die in vielen Orten mit den Kommunisten Einheitskomitees bildeten, die Reichsbannerkameraden, die Schulter an Schulter mit RFB.-Kameraden im Kampfe gegen die faschistischen Mordbanden die Feuerprobe der proletarischen Einheitsfront erlebten, werden diesen Artikel, je nach ihrem Temperament, manche mit Empörung, andere mit Lachen, beantworten. Sie haben die Bedeutung der proletarischen Einheitsfront begriffen, wo sie Einheitskomitees bildeten und auch dort, wo sie in unzähligen Fällen die praktische Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern errichtet haben.

Denn in unzähligen Fällen jagten die sozialdemokratischen Arbeiter unseren Genossen: **„Wir wollen mit Euch zusammenarbeiten, aber wir bilden keine Einheitskomitees, um nicht gemaßregelt und ausgeschlossen zu werden."** Es gab neben dem Monarchistenterror auch **einen anderen Terror**, nämlich den Terror der SPD.-Führung gegenüber den SPD.-Arbeitern und Reichsbannerleuten, um sie von der proletarischen Klassenfront abzuhalten.

Auch dieser Terror soll jetzt verschärft werden. Und wenn der **Ton einstweilen noch gedämpft wird**, so geschieht dies nur, weil die **Einheitsfront sich schon immerhin so fest verankert** hat, daß die SPD.-Führung sich gezwungen sieht, diese Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bei aller Verschärfung der Kommunistenhetze auch zu berücksichtigen!

Halle, Ammendorf, Bitterfeld und all die anderen Orte, wo die Not die Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Faschismus zu-

Der Kampf in England gegen Regierungsterror und Führerverrat

Kein Lohnabbau!

(Eig. Drahtm.) **London, 24. Juni.**

Vor einer Versammlung von 10 000 Bergarbeitern in Maßfield rekrierte Cook über die Lage. Am Schluß der Versammlung verlangte Cook eine Abstimmung. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den alten Standpunkt bekräftigt: keinen Lohnabbau! Die Massenkundgebung klang aus in einem Hoch auf die russischen Bergarbeiter, die opferwillig die englischen Bergarbeiter unterstützen.

Keine Kohle nach England!

Cook fordert zum gemeinsamen Kampf auf

(WTB.) **London, 24. Juni.**

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, sagte gestern in einer Rede: Die Bergarbeiter beabsichtigen, die Dockarbeiter und die Eisenbahner zur schleunigen Einberufung einer Konferenz aufzufordern, denn, wenn die Bergleute siegen wollten, dann dürfe keine Kohle mehr nach England befördert werden. Die Regierung könne vielleicht trotzdem gewinnen, aber der Preis würde dann derartig sein, daß das Land sich niemals erholen werde.

Hodges gegen den internationalen Bergarbeiterstreik

Schändlicher Verrat der Bergarbeiterinternationale

(WTB.) **London, 23. Juni.**

Der Vollzugsrat der Bergarbeiter-Internationale ist heute vormittag hier zu einer Sitzung zusammengetreten, bei der, wie verlautet, ernste Meinungsverschiedenheiten über die Frage zutage getreten sind, durch welche Mittel eine Stillegung der Kohlenverschiffung nach England zu erzielen wäre. Der englische Bergarbeiterführer Cook erklärte nach der Sitzung, daß man erneut die Frage eines internationalen Streiks der Bergarbeiter prüfe. Dagegen erklärte der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, Hodges, er zweifle, ob ein derartiger Streik als wünschenswert oder notwendig betrachtet werden könne.

Zimmen darf nicht nach England, aber Husemann herzlich willkommen

(WTB.) **London, 23. Juni.**

In der heutigen Vormittagssitzung des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter-Internationale teilte Hodges mit, daß der Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes, Husemann, von Harwich telegraphiert habe, daß ihm die Landung nicht gestattet werde. Infolge von Vorstellungen beim Ministerium des Innern sei die Landungserlaubnis für Husemann nunmehr gesichert. Hodges fügte hinzu, er nehme an, daß nur ein Irrtum vorliegen könne, da ihm keine Erklärung für das Verbot gegeben worden sei.

Die englische Kohlenvorlage in zweiter Lesung angenommen

London, 23. Juni. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung die Vorlage betr. die Reorganisierung des Kohlenbergbaues angenommen.

Vor einem Caillaux-Kabinett in Frankreich

Nachdem Caillaux sich bereit erklärt hat, in einer Briand-Regierung einzutreten, hat Briand die Bildung des Kabinetts wieder auf neuer Grundlage versucht. Die Ministerliste, die gegenwärtig als Kombination angegeben wird, weist die Namen von bürgerlich-radikalen Politikern auf. Trotzdem Caillaux als Finanztechniker zweifellos eine Autorität besitzt, hängt die Dauer der Regierung nicht von Caillaux, sondern von den Großbanken ab, die heute in Frankreich jede Regierung stürzen können.

Inzwischen ist der Franken weiter gefallen. Frankensturz — Regierungssturz. Von dieser Wechselwirkung kann sich keine Regierung befreien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0001

sammengeschweißt hat, bleiben dauernde Sinnbilder und anfeuernde Beispiele für die künftige Politik der Arbeiterklasse. Hat der „Bolschewistenschred" nicht einmal große Massen der verelendeten Mittelständler zu überzeugen vermocht, so wird er noch weniger Eindruck auf die sozialdemokratischen Arbeiter machen.

Auflösung des Reichstags, Sturz der Marx-Regierung, Rücktritt Hindenburgs — Dinge, die durch die Macht der Einheitsfront der Werktätigen erzwungen werden können, und die im realen Bereich der nächsten Möglichkeiten liegen, bedeuten für die SPD-Führung nur Befangenheit „im putschistischen Denken". Mit der Abstimmung haben sie den „Kampf" beendet. Das übrige überlassen sie der Bourgeoisie. Diesen Verzicht auf die Aktivität der Arbeiterklasse nennen sie aber „organisches Denken". Die Losung der Arbeiter- und Bauern-Regierung können sie nur erwähnen, in dem sie das Wort zwischen Anführungsstriche setzen und überhaupt nur von einer „sogenannten Arbeiter- und Bauern-Regierung" sprechen.

Bundesgenossen der Reaktion . . . Jawohl, Bundesgenossen der Reaktion, und zwar nicht unbewußte, nicht naive, nicht ungewollte Bundesgenossen, sondern sehr bewußte routinierte Helfershelfer der Reaktion — das sind die gegenwärtigen Führer der SPD.

Noch einmal der Stahlhelmüberfall in Ammendorf

Die „Allgemeine Zeitung" bemüht sich in ihrer gestrigen Ausgabe wiederum krampfhaft, den wahren Tatbestand zu verschleiern. Nachdem der „A. Z." dieses genügend gelungen scheint, ruft sie nach restloser Aufklärung durch die Polizeibehörde. Einen wahrheitsgetreuen Bericht der Polizei haben wir schon seit Tagen verlangt, aber die Behörden wollen anscheinend die Dinge auf sich beruhen lassen, genau wie beim Stahlhelmüberfall in Halle, wo die Polizei angeblich kein klares Bild gewinnen konnte.

Betreffs der Berichte der geheimnisvollen Stahlhelmpressestelle, die die tollsten Schwindelnachrichten in die Welt setzen kann und anscheinend auch über genügend Barmittel verfügt, die Beweiskraft ihrer Worte zu erhärten, sollen nachmals kurz einige protokollarisch festgelegte Tatsachen folgen.

Zunächst eine Feststellung, die sicher viel Licht in die Beweggründe des Stahlhelmüberfalls bringt. Für den 20. Juni war in Ammendorf ein Deutscher Tag geplant, der nun infolge des Wahltages nicht stattfinden konnte. Dafür mußte natürlich Rache genommen werden, der Tatendrang sich irgendwie entfalten. Daher der Ueberfall!

Des weiteren sind die Stahlhelmer am 20. Juni um die Mittagszeit auf dem Wege von Dieskau nach Döllnitz, wo die Seilbahn die Straße überquert, gesehen worden, wie sie Steine auflasen und auf die Lastwagen luden.

Nach der Auslage eines Oberlandjägers haben die Stahlhelmer schon in den Vormittagsstunden die Wahllokale in den Ortschaften Döllnitz, Lochau, Burgliebenau usw. bedroht.

Ueber die Vorgänge am „Dreierhaus" sagt ein parteiloser Augenzeuge aus: „Ich stand gegen ½1 Uhr an meiner Wohnung und sah fünf mit Stahlhelmleuten besetzte Autos anfahren. Die Mannschaften fangen Stahlhelmlieder. Vor dem Wahllokal „Dreierhaus" hielten die Autos, und zwar das erste am Garteneingang Bruddorfer Straße, das letzte am Straßeneingang Regensburger Straße. Zuerst sprang ein mir bekannter Mann aus Kietleben, der einen Verband am Kopfe trug (anscheinend war dieser auch am Stahlhelmüberfall in Halle beteiligt. D. R.) vom Auto. Hierauf ertönte das ehemalige militärische Sturmsignal, ein Teil der Besatzung sowohl des ersten als auch des letzten Autos verließ daselbe und erstürmte ein Schnellfeuer auf das „Dreierhaus", besonders auf den Garten. Mehrere Stahlhelmleute versuchten unter dem Schutz des Feuers in den Garten und in das Wahllokal einzudringen, was nicht gelang, weil die Wahlerschaft den Eingang versperrte. Ein Stahlhelmmann schlich unter dem Fenster entlang und zertrümmerte mit einem Knüppel drei Scheiben. Meiner Schätzung nach sind etwa 200 Schuß gefallen."

Soweit der Augenzeuge.

Wenn der Stahlhelmbericht des weiteren sagt, daß bei der Untersuchung in der Artilleriekaserne nur drei Pistolen gefunden worden, so stimmt das erstens nicht und dann ist durch Augenzeugen festgestellt, daß auf der Fahrt von Ammendorf bis zur Kaserne die Stahlhelmer ihre Waffen in die Getreidefelder geworfen haben.

Die „A. Z." hebt besonders hervor, daß vor der Fahrt in der Berliner Straße die Autos nach Waffen durchsucht wurden und sämtliche vorhandenen Stöcke „freiwillig gesammelt und abgeliefert wurden". Ausnahmsweise sagt die „A. Z." hier einmal die Wahrheit. Diese Gefte konnten die Stahlhelmer sich nämlich leisten, weil sie gleich darauf an der Berliner-Brücke Waffen in Empfang nahmen und ein Revolver bekanntlich weiterreicht als ein gewöhnlicher Spazierstock.

Es erübrigt sich, noch ein weiteres Wort zu den Lügenmeldungen des Stahlhelm zu verlieren. Warum schweigt die Polizeibehörde? Nicht etwa mangels genauer Kenntnis der Dinge, sondern, weil feststeht, daß durch einen noch so frisierten Polizeibericht die Alleinschuld der Stahlhelmer klar erwiesen würde.

Reichsbannerleute für die rote Front

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 24. Juni.

Gestern fand auf dem Marktplatz eine große Kundgebung statt, an der 10 000 bis 12 000 Personen teilnahmen. Mindestens 50 Prozent waren Reichsbannerleute. Ein Reichsbannermann ergriff dann unaufgefordert das Wort und sprach zu den Demonstranten. Er forderte die Reichsbannerleute auf, zur roten Fahne zurückzukehren und mit den roten Frontkämpfern gemeinsam zu arbeiten.

Ausschlußdrohungen gegen Reichsbannermitglieder

(Eig. Drahtm.) Solingen, 24. Juni.

In der „Vereinigten Dreh-Städtezeitung" aus Hiersen lesen wir eine Mitteilung des Reichsbanners über eine Reichsbanner-Vorstandssitzung, die sich u. a. auch mit Ausschluß der Mitglieder befassen sollte, die am Abstimmungstage in Gemeinschaft mit den roten Frontkämpfern durch die Straßen der Stadt gezogen sind. Als Begründung für diesen beabsichtigten Ausschluß wird gesagt, sie haben sich damit gegen die Bundessatzungen und die Disziplin vergangen und unsere Bestrebungen in der schwersten Weise geschädigt.

Krupp entläßt 4000 Arbeiter

(Eig. Drahtm.) Essen, 24. Juni.

Nachdem erst vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, daß das Direktorium der Firma Krupp bis zum 1. Oktober 1000 Angestellte entlassen würde, gibt das Direktorium nunmehr bekannt, daß es sich genötigt sehe, wegen der zunehmenden schlechten wirtschaftlichen Lage bis zum 1. November d. J. 3000 bis 4000 Arbeiter zu entlassen. Für diesen Abbau werden hauptsächlich die mechanischen Betriebe in Frage kommen.

Der Mietwucher marschiert

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. Juni.

Im Preußischen Landtag wurde das Hauszinssteuergesetz angenommen. Dadurch wird mit einem Schlag die Miete auf 100 Prozent heraufgesetzt.

Partei und Arbeitslose

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse nimmt auf der ganzen Linie ihren Fortgang. Hand in Hand mit der Stillegung der weniger ertragreichen Gruben und Fabriken geht die Verschärfung der Ausbeutungsmethoden in den in Betrieb befindlichen Produktionsstätten. Dieser mit dem Schlagwort „Rationalisierung" bezeichnete Prozeß wird in immer größerem Umfang ein Mittel in der Hand der Unternehmer, um die Löhne der gesamten Arbeiterschaft herabzusetzen, die Produktion durch größere Arbeitsteilung und ein raffinierteres Antreibersystem zu steigern, qualifizierte Arbeiter durch An- und Ungelernte und Männerarbeit durch die billigere Frauenarbeit zu ersetzen.

Gleichzeitig wird die Ausraubung der werktätigen Massen auf dem Wege der Zoll- und Steuergesetzgebung fortgesetzt. Die bevorstehende Erhöhung der Agrarzölle beweist, daß die von der Sozialdemokratie gestützte Regierung Marx-Stresemann die Interessen der breitesten Massen rücksichtslos niedertrampelt.

Darüber hinaus sabotieren die Banken selbst die Durchführung der Abkommen zwischen Deutschland und der UdSSR., die der Förderung des Warenaustausches dient. Besonders offensichtlich tritt dies in Erscheinung bei dem Kreditabkommen zwischen den Regierungen der UdSSR. und der deutschen.

Aber mit all dem ist das Maß nicht voll. Unternehmer und Regierung bereiten planmäßig den Angriff gegen die minimale Unterstützung der Arbeitslosen vor. Das Recht auf Unterstützung soll durch die Arbeitslosenversicherung aufgehoben werden. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung aber bedeutet, daß die durch die jetzige Krise aus dem Produktionsprozeß geschleuderte Arbeitslosenarmee planmäßig jeder Unterstützung beraubt werden würde. Nur die Arbeiter, die heute noch im Produktionsprozeß stehen, würden entsprechend ihren geleisteten Beiträgen bei Eintritt der Arbeitslosigkeit mehr oder weniger lange eine Unterstützung erhalten. Gleichzeitig versucht die Regierung die einheitlichen Unterstützungssätze aufzuheben und an ihre Stelle ein raffiniertes System der Staffelung zu setzen. Die Staffelung der Unterstützungssätze aber bedeutet die Herabsetzung der Unterstützung für die große Masse der Arbeitslosen und die Beibehaltung der alten, völlig ungenügenden Sätze nur für einen kleinen Prozentsatz.

Während auf der einen Seite Unternehmertum und Regierung auf der ganzen Linie zur Offensive gegen die werktätige Masse übergehen, werden auf der andern Seite Großkapitalisten die Taschen vollgestopft. Die Unternehmer erhalten Staatskredite. Weder die Gewerkschaften, noch die Arbeiterschaft kontrollieren, was die Unternehmer mit diesen Krediten machen. Das Unternehmertum setzt sich über die läglichen Reste der Vorschriften über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern rücksichtslos hinweg. Den Großkapitalisten und Großagrariern werden die Steuern erlassen oder gestundet. Den Fürsten werden Milliarden ausgeliefert.

In Deutschland gibt es heute

drei Millionen Erwerbslose und zwei Millionen Kurzarbeiter.

Immer größer wird die Zahl derjenigen, die keine staatliche Unterstützung mehr erhalten, denn die Erwerbslosenunterstützung wird bislang nur auf die Dauer von 39 Wochen gezahlt. Bereits im Dezember vorigen Jahres gab es weit über eine Million unterstützte Erwerbslose, ihre Zahl war am 1. Januar auf 1¾ Millionen gestiegen. Der größte Teil dieser Erwerbslosen wird in den nächsten Wochen und Monaten ausgesteuert. Denn das Charakteristische der jetzigen Erwerbslosigkeit ist es, daß der einmal arbeitslos Gewordene fast keine Aussicht mehr hat, erneut Beschäftigung zu finden. Auf administrativem Wege wird in der rücksichtslosesten Weise die Streichung von den Listen durchgeführt. Wo immer auch nur ein Familienangehöriger einen noch so geringen Verdienst bei einer Beschäftigung findet, wird die Unterstützung nicht gewährt oder entzogen.

Zum Teil noch schlimmer als die Lage dieser Erwerbslosen ist die unzähligen Kurzarbeiter. Bei den elenden Löhnen, die sie in einer vierundzwanzig- bis sechsunddreißigstündigen Arbeitswoche erhalten, stoßen sie auf die größten Schwierigkeiten und Schikanen seitens der Behörden, bevor sie überhaupt eine Kurzarbeiterunterstützung erhalten.

Die langandauernde Arbeitslosigkeit, die vollständig ungenügenden Unterstützungen haben zur Folge, daß Millionen Arbeiter und Millionen ihrer Familienangehörigen ins trasseste Elend gestoßen werden.

Gleichzeitig schwächt die große industrielle Reservearmee die Widerstandskraft der gesamten Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive. So sinkt die Lebenshaltung der breiten Massen immer mehr und mehr.

Bestehen Aussichten für eine Aenderung dieser Verhältnisse? Im Gegenteil. Alles spricht dafür, daß die Lage sich noch verschlechtern wird. Trotz landwirtschaftlicher und baugewerblicher Saisonarbeit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen erneut gestiegen. In Berlin eine Zunahme um 6000 in der letzten Woche, um 14 000 in den letzten drei Wochen. Auch in den Gebieten der Schwerindustrie nimmt die Arbeitslosigkeit noch zu. Und dies obwohl in den letzten Wochen trotz der von der Partei eingeleiteten Solidaritätsaktion unter den Berg- und Hüttenarbeitern große Mengen Streikbrecherkohle nach England und den englischen Absatzgebieten gegangen sind. In den übrigen Gebieten der Fertigindustrie wird jedoch der Rationalisierungsprozeß mit voller Wucht erst in der nächsten Zeit einsetzen. So sprechen alle Anzeichen dafür, daß in den kommenden Monaten die Arbeitslosenzahl der Inflationszeit übertroffen werden wird. Schon jetzt ist diese Zahl in Berlin erreicht.

Angesichts dieser ganzen Entwicklung ergibt sich für unsere Partei die Aufgabe, diesem Problem die größte Beachtung zu schenken, eine viel größere Aktivität als bisher auf diesem Gebiet zu entfalten. Für die gesamte revolutionäre Entwicklung hängt sehr viel davon ab, in wieweit es gelingt, die Millionen Arbeitslosen in einen aktiven Kampf gegen die Verelendung zu führen und der gesamten Arbeiterklasse die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeitenden und Arbeitslosen begreiflich zu machen. Wie groß die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet auch gewesen ist — sie ist vollkommen ungenügend, sie muß gesteigert werden. Der Kampf gegen die Sabotage der Gewerkschaftsbureaukratie, die nichts für die Zusammenfassung der Erwerbslosen und die Führung ihres Kampfes unternimmt, muß verstärkt werden. Ueberall muß die Partei die begonnene Zusammenfassung der Erwerbslosen fortsetzen. Die Erwerbslosenausschüsse der einzelnen Orte müssen in bezirklichen und schließlich Reichsmaßstabe zusammengefaßt werden. Und diese Organisation zu beschleunigen, um die entsprechenden Kampfmaßnahmen durchzuführen, müssen in den wichtigsten Bezirken Erwerbslosenkonferenzen stattfinden.

Aus dieser Arbeit muß die Kraft erwachsen, die Erwerbslosen und Kurzarbeiter gegenüber den Angriffen der Regierung und in den kommenden Monaten zu erwartenden verschärften Notlage im Reichsmaßstabe einheitlich zusammenzufassen. Diese Arbeit muß im engsten Zusammenhang mit unserer Politik in Betrieben und Gewerkschaften gebracht werden.

Jeder beschäftigte Arbeiter muß begreifen, daß eine große Arbeitslosenarmee und der Abbau der Unterstützungen die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter bedroht, daß nur gemeinsames Vorgehen Erfolg verbürgt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor allem müssen den Kampf in den Gewerkschaften für die Aufhebung aller Aufnahmebeschränkungen für Erwerbslose führen. Die Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse durch die Gewerkschaften muß durchgesetzt werden, denn die Unorganisiertheit und Zersplitterung der Erwerbslosen schädigt alle Arbeiter.

Es gilt vielmehr in den nächsten Wochen und Monaten die gesamte Arbeiterklasse für den geschlossenen Kampf vor allem für folgende Losungen zu gewinnen:

1. Gegen Erwerbslosenversicherung, für Erwerbslosenfürsorge. Mindestens 50 Prozent Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; Unterstützung aller Kurzarbeiter.

2. Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen für die Unterstützung (Karrenzzeit, Unterstützungsdauer usw.).

3. Geschlossener Kampf gegen die Versuche der Regierung, Abbau und Staffelung der Unterstützungssätze durchzuführen.

4. Durchführung von großzügigen Notstandsmaßnahmen zu tariflichen Bedingungen durch Reich, Länder und Gemeinden.

5. Abwälzung der Kosten der Unterstützung auf die Unternehmer. Selbst diese bescheidenen Forderungen werden nicht durchgeführt werden, wenn sich die werktätigen Massen nicht im Kampf gegen die Regierung Marx-Stresemann, gegen die Länderregierungen, gegen die Reichs- und Landesparlamente, gegen die reaktionären Stadt- und Gemeindeverwaltungen sammeln. In Verbindung mit allen anderen politischen Fragen ergibt sich so auch aus der Arbeitslosenfrage die Notwendigkeit, den Kampf mit aller Schärfe gegen die Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaft — offene und versteckte — der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsleitungen zu führen. Zusammenschluß der Massen und Kampf um diese Tagesforderungen, Aufnahme des Kampfes über diese Forderungen hinaus für die Kontrolle der Produktion und für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung ist das Gebot der Stunde. Der kapitalistischen Anarchie muß der Kampf um den Sozialismus entgegengesetzt werden. Nur über den Weg der Niederringung der Bourgeoisie durch die geschlossene Arbeiterschaft gibt es eine Rettung für die Millionen Werktätiger aus dem Dauerelend, das der Kapitalismus für sie bringt.

Politische Randbemerkungen

Der Geist in der Bierjauche oder die Rekordrede des Herrn Stresemann. Stresemann hat wieder einmal eine Rede gehalten. Diesmal zur Eröffnung der Internationalen Schauspieltagung in Berlin. Und da hat er Sachen gesagt, die man nicht unbeachtet lassen darf, denn sie zeigen das Kunstverständnis dieser Republik 1926: Wir ständen, sagt Stresemann, im Zeitalter revolutionärer Entwicklung, wir seien Großstädter geworden. Die weitere Entwicklung unserer Zeit habe eine außerordentliche Unterschätzung des Sports und des Rekords zur Folge gehabt. Aber gerade dadurch drohe unsere Geistigkeit unterschätzt zu werden. Die Entwicklung unserer Zeit bevorzuge das Brutale. Mit dem „Brutalen" meint er nicht die schwarze Reichswehr, aber dafür fährt er fort: Die Kunst werde auch von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Proletarisierung der Massen beeinflußt. Man sehe heute gleichsam die Galerie ins Parkett gerückt. Die Kunst und der schöpferische Geist seien auch heute noch die einzigen Gebiete, die keine Absperrung durch Grenzen kennen. Hier könnten sich die nationalen Ideen mit den internationalen vereinigen in einem schönen harmonischen, menschlichen Empfinden. Der Bericht verschweigt leider, was für ein Gesicht die Internationale Schauspielertagung bei dieser Rekordrede des deutschen Außenministers gemacht hat.

Darwins Bücher als hochverräterische Literatur. Dieser Tage fand in Süd-Wales eine Gerichtsverhandlung statt, die in ihrer Lächerlichkeit unübertroffen dasteht. Genosse David Evans war beschuldigt, „hochverräterische Literatur" besessen zu haben. Man hatte aus seiner Bibliothek 118 Bücher beschlagnahmt. Vor Gericht stellte sich heraus, daß sich unter den Büchern das Kommunistische Manifest, einige Broschüren der KP. und Werke von Darwin und William Morris befanden. Schaudendes Gelächter begleitete die Ausführungen der Polizeizeugen. Nichtsdestoweniger wurde Genosse Evans zu 10 Sterling Geldstrafe verurteilt, weil er 118 Bücher in seinem Besitz gehabt hatte, die man jederzeit in Londoner Buchhandlungen öffentlich kaufen kann.

Warum die Inflation in Frankreich weitergeht. Sobald es dunkel wird, erstrahlt der Eiffelturm in Paris in der hellsten Lichtreklame. Besonders eine Lichtreklame ist wirkungsvoll. Von der Spitze des Eiffelturms bis zum Fuße laufen die einzelnen Buchstaben CITROEN. Jedes Kind in Paris weiß, wer Citroen ist. Er ist der Ford Frankreichs, der Fabrikant der Kleinautos, ein Mann, dessen wirtschaftlicher und politischer Einfluß ungeheuer ist. Augenblicklich sucht Herr Citroen eine Anleihe von einer halben Milliarde Franken zu erhalten. Zu diesem Zwecke ruft er den Pariser Einwohnern immer wieder seinen Namen ins Gedächtnis. Wo man geht und steht sind die Worte placiert: Souscrivez aux bons Citroen (Zeichnet Citroen-Anleihe). Auch die französische Regierung bemüht sich vom Volk eine Anleihe zur Stabilisierung des Franken zu erhalten — aber Citroen zahlt 10 Prozent Zinsen, die Regierung nur die Hälfte. Citroen ist ein überlegener Konkurrent. Er bekommt was er will — die Regierung hat das Nachsehen. Im Nu hat er die halbe Milliarde erhalten und er jäckelt weiter ein. Wie, wenn nun der Franken wieder zur Goldparität zurückkehren würde — Herr Citroen wäre ein geschlagener Mann, aber Herr Citroen weiß was er will, weiß, warum er seine Anleihen nicht in Amerika — sondern in Frankreich aufnimmt. Er verläßt sich auf den schiefen Weg des Franken und auf das Vertrauen der anderen zum — Franken. Herr Citroen hat Beziehungen — zu Banken und Ministerien. Seine Berechnungen sind nicht auf Sand gebaut. Das französische Volk kann pleitegehen — aber Herr Citroen muß leben und immer mehr Profit machen. Heute will niemand Finanzminister in Frankreich werden. Die Herren wissen warum. Sie können und wollen nicht gegen den Stachel löken. Sie wollen sich nicht die Finger verbrennen. So geht die Katastrophe des Franken bis zum Ende, und der größte Heuchler, der geriebenste Juniker wird — da doch der Posten besetzt werden muß — Finanzminister — und „ergreift einschneidende Maßnahmen zur Sanierung des Franken".

Ein bürgerlicher Gesandter Kommunist geworden?

Gestern berichtete die bürgerliche Presse von der Abberufung des estnischen Gesandten in Moskau — Birk. Birk war früher Außenminister Estlands und kam, nachdem das betreffende Ministerium gestürzt war, als Gesandter nach Moskau. Schon lange munkelte man in den Kreisen der estnischen Regierung, daß Birk allzuhart mit den Bolschewiki sympathisiere. Um sich über die Anschauungen Birks zu vergewissern, forderte man Birk auf, zu einer Besprechung nach Reval zu kommen. Birk antwortete nicht, noch erschien er in Reval, trotz mehrfacher Aufforderungen. Nunmehr hat die estnische Regierung Birk seines Postens enthoben. Offiziell teilt die estnische Regierungspresse mit, daß sich Birk zur Wiederherstellung seiner erschütterten Gesundheit von Moskau nach Sizza begeben werde. In Wirklichkeit soll der frühere estnische Außenminister Kommunist geworden sein. Wir überlassen der bürgerlichen Presse die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldung und verstehen es, wenn die bürgerliche Presse über diese Tatsache sehr erregt und bestürzt ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0002

Metallarbeiter-Verbandstag und die deutsche Arbeiterklasse

Durch den Volksentscheid ist eine für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung sehr wichtige Angelegenheit etwas in den Hintergrund geraten. Vom 2. bis 8. August findet in Bremen der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Die 187 Delegierten erfolgt am Sonntag, den 27. Juni, durch Urabstimmung in allen Bezirken Deutschlands.

Deshalb übertragt der Verbandstag der Metallarbeiter alle wichtigen Verbandsfrage und welches Interesse haben daran die Nichtmetallarbeiter? Einmal ist der DMV. trotz Verlustes der Hälfte seiner Mitglieder seit dem letzten Verbandstag 1924 in Kassel immer noch die weitaus größte Gewerkschaft innerhalb des ADGB. Seine Politik und Taktik beeinflußt naturgemäß in sehr hohem Maße die Politik und Taktik der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung; zum anderen ist der DMV. die Organisation, deren Mitgliedschaft in allen Bezirken Deutschlands verhältnismäßig am stark vertreten ist. Und da weiter die gesamte Industrie des modernen Kapitalismus dastert bzw. sehr stark abhängig ist von der Beschäftigung in der Metallindustrie, so werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den übrigen Industrien sehr stark beeinflußt von den Lohnen und Arbeitsverhältnissen der Metallarbeiter.

Diese Tatsachen haben es mit sich gebracht, daß seit jeher im Metallarbeiter-Verband die schärfsten Kämpfe der verschiedenen Richtungen, das zäheste Ringen um die Politik und Taktik, um die Führung innerhalb des Verbandes ausgefochten werden. Die Folge war auch, daß unmittelbar nach dem Novemberumsturz die Führung des Metallarbeiter-Verbandes auf der Generalversammlung 1919 in Stuttgart den rechten Sozialdemokraten abgenommen wurde und in die Hände der damals gemeinsam auftretenden USPD.-KPD.-Opposition überging. Seitdem ist der „radikale" Robert Dißmann Verbandsvorsitzender, seitdem ist auch in der Politik und Taktik des DMV., wie auch die jeweils zum Ausdruck kommende Massenstimmung der Verbandsmitglieder ein getreues Spiegelbild der Entwicklung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung. Dißmann, der seinerzeit mit fast Zweidrittelmehrheit gewählt wurde, ist mit seiner „Richtung" innerhalb des Verbandes längst in Minderheit geraten, ist mehr oder minder zum Gefangenen auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Vorstandsmehrheit geworden. Ihm und seinen Freunden ist nur noch gestattet, durch radikale Reden den Mitgliedermassen vorzutäuschen, daß im DMV. eine radikalere Politik betrieben würde, als im übrigen ADGB., aber im Grunde bei allen entscheidenden Fragen genau dasselbe tun, wie die Leipart, Graßmann, Tarnow und Genossen. Daß es im Metallarbeiter-Verband soweit kommen ist, daß die Hoffnungen der Metallarbeiter, die sie nach dem Sturz der damaligen Opposition 1919 hegten, so schwer enttäuscht waren, ist der Haltlosigkeit, Energielosigkeit und politischen Feigheit der Dißmann-Gruppe zu verdanken. Statt ihre 1919 errungene Position nicht nur zu verteidigen, sondern sie mit Hilfe der hinter ihr stehenden Masse in der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung auszubauen, glaubten sie durch eine Verschnupfungstaktik vor allem durch den schroffsten Kampf gegen die Kommunisten, die alten Arbeitsgemeinschaftler entweder auszuschalten oder für sich zu gewinnen. Wie die Geschichte lehrt, trat das Gegteil ein. Was übrig blieb, war die feste Verschmelzung der „Revolutionäre" mit den Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitikern gegen die KPD. Zwar weisen die DMV.-Führer mit großer Entrüstung den Vorwurf, daß sie Arbeitsgemeinschaftspolitik treiben, zurück, aber ihre praktischen Taten bestätigen die Richtigkeit dieses Vorwurfs.

In der Lohn- und Arbeitszeitpolitik hat der DMV. alles auch nur versucht, aus der Tatsache, daß eine Position um die andere verloren ging und die Lage der Metallarbeiter sich immer verschlechterte, die Konsequenzen zu ziehen und die alte Politik zu ändern, obwohl deren Schädlichkeit und Untauglichkeit Tag für Tag offener zutage trat. Der Achtstundentag ging verloren. Die Löhne sind heute in der Metallindustrie sogar nominell im Durchschnitt niedriger wie vor dem Krieg, obwohl die Kaufkraft des Geldes heute kaum 60 Prozent des Vorkriegsstandes ausmacht. Viele Hunderttausende von Metallarbeitern liegen erwerbslos auf der Straße, trotzdem stehen alle bestehenden DMV.-Tarife Wochen vor neun, zehn bis zwölf Stunden vor. Selbst die „Metallarbeiter-Zeitung" muß zugeben, daß die Erwerbslosigkeit nicht mehr als eine vorübergehende, sondern als eine dauernde Erscheinung angesehen werden muß, und daß durch die Rationalisierung nicht erwerbslose Metallarbeiter in die Fabriken kommen, sondern umgekehrt, noch weitere Hunderttausende Arbeiter aus den Fabriken auf die Straße fliegen. Trotzdem erklärt die Verbandsführung gegenüber der Forderung der Opposition, Kampfbündnisse von Arbeitern und Gewerkschaften anderer Industriezweige abzuschließen und Kämpfe zu führen mit dem Zweck, durch politischen Druck die kapitalistische Wirtschaft zum Nachgeben zu zwingen, wörtlich:

„Einen Kampf zu führen in einer Zeit, wo mehr als zwei Millionen vollkommen ohne Beschäftigung sind, und im Metallarbeiterverband mehr als 20 Prozent der Mitglieder vollkommen ohne Arbeit dastehen, wäre geradezu ein Verbrechen an den Metallarbeitern."

Also, da die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung ist und ein Kampf während der Arbeitslosigkeit ein „Verbrechen" bedeutet, darf überhaupt keine Kämpfe mehr zu führen. Zwar erklären Verbandsvorstand und örtliche DMV.-Bureaukraten gegenüber den Anträgen der Opposition, daß jeder beantragte Streik von der Gauleitung sanktioniert würde. Sanktioniert werden aber in der Regel nur kleine Streiks, d. h. Einzelbewegungen, die in den meisten Fällen schon von vornherein zur Niederlage verurteilt sind. Es kommt es auch, daß örtliche Verbandsführer nach Ausbruch eines Streiks viel weniger daran denken, wie der Kampf siegreich geführt werden kann, als vielmehr daran, wie sie den Streik so schnell wie möglich ohne einen allzu großen Verlust beenden können. Es ist weiter klar, daß die Arbeiter unter diesen Bedingungen, d. h. ohne Kenderung der Kampftaktik trotz dem bestehenden Kampfwillen immer weniger bereit sind, Streiks zu führen und sich kampflos aber mit zerfurchtester Wut der Faust in der Tasche Lohn- und Akkordabzüge gefallen lassen.

Kampf um die Erwerbslosenforderungen; Hat nicht hier Dißmann im Parlament sehr gute Reden gehalten, hat er nicht sehr radikale Artikel geschrieben? Ja, aber was hat der DMV. als Gewerkschaft geleistet, hat er versucht, die Macht der Gewerkschaft für die Erwerbslosen einzusetzen, die Erwerbslosen mit den im Betrieb stehenden Arbeitern zu verbinden, die Erwerbslosen selbst restlos zu erfassen und ihnen regelmäßige Versammlungen und Demonstrationen zu veranstalten? Nichts von alledem! Ja, der DMV. weigert sich heute, in den meisten Verwaltungsstellen Versammlungen aller erwerbslosen Metallarbeiter, also auch der unorganisierten, abzuhalten, sondern er lehnt es auch schroff ab, erwerbslose Metallarbeiter während ihrer Arbeitslosigkeit in den Verband aufzunehmen und sie so den Gewerkschaften zuzuführen. Selbst „ganz" SPD.-Gewerkschafter, wie die Führer des Fabrikarbeiterverbandes wie auch des Maschinisten- und Heizer-Verbandes sind dem „radikalen" DMV. voraus, indem sie auch Arbeitslose aufnehmen. Was nützt also die schöne Parlamentsrede Dißmanns und Genossen, wenn sie jeden organisierten Kampf ablehnen?

Wie die ganze Politik und Taktik des Verbandes nach außen hin vollkommen verfehlt und durch und durch reformistisch ist, so sieht es auch im inneren organisatorischen Leben des DMV. aus. Es herrscht Zweierlei Recht für die Mitglieder, eines für die SPD.-Bonzen, sie kann sich innerhalb des Verbandes alles, auch Vergewaltigung gegenüber Andersdenkenden erlauben, während die kommunistische Richtung systematisch an jeder Betätigung des Verbandes gehindert und wenn möglich, gänzlich ausgeschaltet, ja, bei der geringsten Gelegenheit mit Ausschluß bedroht wird.

Es liegt im Interesse aller Metallarbeiter und auch der übrigen Gewerkschaft, daß diese Zustände im DMV. radikal geändert werden. Der Metallarbeiter-Verband muß innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung führend vorangehen in dem Kampf, der herausführt aus dem Sumpf und der Sackgasse. 800 000 organisierte Metallarbeiter sind gewiß noch längst nicht genug. Es müßten bei 100prozentiger Organisation 2½ Millionen sein, aber auch die 800 000 sind eine ungeheure Macht, wenn sie eingesetzt werden, sie werden die Massen der noch Unorganisierten mitreißen. Ein systematischer, planmäßiger Kampf des DMV. muß zu Erfolgen führen, muß und wird sehr schnell die übrigen Arbeiterschichten ebenfalls für den Kampf gewinnen, wird zur Folge haben, daß die jetzige Depression in der deutschen Arbeiterklasse einem siegesicheren Machtbewußtsein weicht, das Vertrauen der Masse zu den freien Gewerkschaften wieder herstellt und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht nur auf ihren alten Stand, sondern weit darüber hinaus hebt, bis zur restlosen Erfassung aller organisationsfähigen Proletarier.

Das ist die Aufgabe, die der DMV.-Verbandstag zu lösen hat. Sie kann und wird nicht gelöst werden von reformistischen Delegierten unter Führung der SPD., sondern von der unter Führung der Kommunisten stehenden Opposition. **Deshalb muß jeder Metallarbeiter am Sonntag zur Wahl gehen und seine Stimme abgeben für die Kandidaten der Opposition**, jeder klassenbewußte Proletarier muß dafür sorgen, daß das letzte DMV.-Mitglied an die Urne gebracht wird. **Ein Sieg der Opposition im Metallarbeiter-Verband bedeutet einen Sieg in der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung und ist mit die Gewähr für den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie.**

Aus dem Landtag

Grzesinski, der Mann der Deutschen Volkspartei

Am Mittwoch brachte Genosse **Bartels** im Auftrage der Fraktion des Landtags einen Urantrag ein, der vom preußischen Innenministerium die sofortige Aufhebung des Verbots der kommunistischen Demonstration und Versammlung in Oberschöneweide-Johannisthal verlangte. Der kommunistische Redner erklärte dieses Verbot für skandalös. Die Arbeiterschaft Berlins will es nicht länger dulden, wenn bewaffnete Faschisten und Fürstenknechte über unbewaffnete und wehrlose Arbeiter herfallen. Diese Unterdrückung einer Gegendemonstration gegen das immer frecher werdende Auftreten und Gebaren der Faschisten **liegt in einer Linie mit dem unerhörten Vorgehen des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grützner**, der für den 19. und 20. Juni für Bitterfeld den Ausnahmezustand verhängt hatte, **um die Arbeiterschaft an der Agitation für den Volksentscheid zu hindern.** Die Arbeiterschaft ist es satt, sich derartige Provokationen länger gefallen zu lassen. Sie wird sich gegen diese, aber auch gegen die Handlanger der Monarchisten zur Wehr setzen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Forderung der Kommunisten auf sofortige Beratung und Beschlußfassung scheiterte bezeichnenderweise an dem Widerstand der Volkspartei, die damit zu erkennen gab, **daß der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski ein Mann ganz nach ihrem Herzen ist.**

100 Prozent Friedensmiete in Preußen beschlossen

Der Preußische Landtag verwandte — wider Erwarten — fast die ganze Mittwochsitzung auf die dritte Beratung des Hausinsteuergesetzes. In der Generaldebatte sprachen von unserer Fraktion die Genossen Kilian und Stoll. Der erste Redner trug noch einmal die Gründe vor, die unsere Fraktion zur Ablehnung des Gesetzentwurfes zwingen. Unter keinen Umständen dürfe man in dieser Zeit ungeheurer Not eine Erhöhung der Miete gestatten. Das Gesetz sei trotz der langen Beratungen noch schreiender Ungerechtigkeit. Während dem die Großagrarier für ihre Schlösser keine Hausinsteuer zu bezahlen brauchten, müßte sie der Ernährer einer vielköpfigen Familie bezahlen, wenn er mehr als 1200 Mark Einkommen hat. Unerhört sei auch die Mitbesteuerung der Hofräume und der Steuerreife für Grundstücksgüter aus der Inflationszeit. Die Steuerreifebestimmungen müßten eine bedeutende Erweiterung erfahren. Der kommunistische Entschließungsantrag setze die Grenze mit 5000 Mk. fest, forderte die Verwendung des gesamten Hausinsteuerzuflommens für den Wohnungsbau und verlange vom Reich die Hinausschiebung des Termins zum Inkrafttreten der vollen Friedensmiete um mindestens zwei Jahre. Die Mittel für den Wohnungsbau, zu einem ernsthaften Kampf gegen die Wohnungsnot der proletarischen Massen, müßte finanziert werden durch eine schärfere Verteuerung des Besitzes, der trotz hohen wieder hohe Dividenden schluckt, sowie durch Beseitigung der Ausgaben für unproduktive Zwecke und für die Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft.

Der Sozialdemokrat Meyer sprach in demagogischer Weise gegen die Haltung der kommunistischen Fraktion. Dies tat er nur, um die Vaterschaft der Sozialdemokratie an der arbeiter- und mieterfeindlichen Hausinsteuer zu verdecken. Deshalb wies ihm Genosse Stoll die Vaterschaft der SPD. an der ungerechtesten aller Steuern in Preußen noch einmal an Hand der geschichtlichen Tatsachen nach.

Bei der Abstimmung wurden alle Abänderungsanträge der Opposition abgelehnt. Das Gesetz wurde in der Schlußabstimmung sodann mit 216 gegen 185 Stimmen angenommen. Die Regierungskoalition begrüßte das Ergebnis mit freudigen Zurufen. Die Kommunisten waren für Pfui dawischen. Wir zweifeln nicht daran, daß die gesamte Mieterschaft sich empört gegen die Parteien wenden wird, die in Preußen nunmehr der Regierung das Gesetz in die Hand gegeben haben, mit dem die breiten Massen erneut und verstärkt geschröpft werden. Insbesondere wird nicht zu verdunkeln sein, die traurige Rolle der SPD., die in allen Phasen des Kampfes um die Hausinsteuer der schärfste Treiber für ihre Erhöhung gewesen ist.

Die Kommunisten für die Erwerbslosenforderungen

In der Reichstagssitzung vom Dienstag, dem 22. Juni, wurden zunächst einige kleinere Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Es folgt dann die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über eine

Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge.

Als erster Redner erhält für die Kommunistische Partei das Wort Genosse **Rädel**:

Der Paragraph 1 des Gesetzes enthält folgende Formulierung: „Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, durch die Arbeitsnachweisämter eine Erhebung über die Wirkungen zu veranstalten, die sich aus einem Lohnklassensystem aus der Erwerbslosenfürsorge ergeben würden." Diese Formulierung kennzeichnet das Ziel der Reichsregierung. Wir sind nicht dagegen, wenn wertvolle Feststellungen über den Stand der Erwerbslosigkeit, der Kurzarbeit usw. gemacht werden sollen. Wir sind auch für eingehende Feststellungen über die Erwerbslosigkeit in den einzelnen Industriegruppen.

Dieses Gesetz soll jedoch ein Stück Vorbereitungsarbeit sein für die Durchführung der Staffelung der Unterstützungssätze.

Hiergegen müssen wir **aufs schärfste Verwahrung einlegen.**

Die Regierung hat uns selbst wertvolles Material in die Hand gegeben, aus dem ersichtlich ist, daß die Einführung der Staffelung **einem ungeheuren Abbau der Unterstützungssätze** gleichkommt. Der gelernte Arbeiter, der über 24 Jahre alt ist, kommt nur dann in den Genuß einer höheren Unterstützung, wenn er ledig ist oder wenn er verheiratet ist und **höchstens ein Kind hat.** Der gelernte Arbeiter über 24 Jahre, der verheiratet ist und zwei oder mehr Kinder hat, wird **erheblich schlechter gestellt als bisher.**

Ein gelernter verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern erhält statt 18,66 Mark nur noch 18,15 Mark, der Verheiratete mit drei Kindern erhält statt 21 Mark nur noch 19,80 Mark; der Verheiratete mit vier Kindern soll statt 23,34 Mark nur noch 21,45 Mark beziehen. Die Einbuße von 3 Mark pro Woche bedeutet natürlich ungeheuer viel.

Die Staffelung der Unterstützungssätze nach Lohnklassen wirkt sich bei den ungelernten Arbeitern noch stärker aus. Zwar würde ein lediger ungelernter Arbeiter über 24 Jahre statt 10,66 Mark 10,80 Mark, also 12 Pf. mehr erhalten.

Der verheiratete ungelernte Arbeiter würde dagegen statt 13,98 Mark nur noch 12,15 Mark bekommen. Der Verheiratete mit einem Kind statt 16,32 Mark würde 13,50 Mark erhalten, der Verheiratete mit zwei Kindern statt 18,66 Mark nur 14,85 Mark, also 3,81 Mark weniger. Bei den Verheirateten mit drei Kindern ergibt sich folgendes Bild: bisher 21 Mark, in Zukunft 19,18 Mark, bei vier Kindern 23,34 Mark, in Zukunft 21,45 Mark.

Wenn man bedenkt, daß gerade die Gruppe von 24 Mark bis 30 Mark, also die Lohngruppe IV, das **Gros der deutschen Arbeiter umschließt**, so wird das Standalöse des Vorgehens der Regierung erst recht klar. **Wir verlangen, daß nicht ein Abbau der Erwerbslosensätze vorgenommen wird, sondern ein Ausbau und fordern 50 Prozent Erhöhung der jetzigen Sätze.**

Wir fordern weiter, daß alle jetzt **Ausgesteuerten in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden.** Ferner fordern wir eine neue Regelung der Ortszuschlagsverhältnisse, die Beseitigung der Anrechnung von Rentenbezügen usw. Wir verlangen, daß die **Notstandsarbeiter Tariflöhne erhalten.**

Bei dem hinter uns liegenden Kampf um den Volksentscheid hat das Bürgertum mit keinem Wort die ungeheure Notlage großer Volksteile, insbesondere der Erwerbslosen, erwähnt. Dieselben Kreise, die den Fürsten Milliarden in den Rachen werfen wollen, wollen die Lage der Erwerbslosen noch weiter herabdrücken. Die Bürgerlichen werden jetzt Gelegenheit haben, zu beweisen, ob die Phrasen von Volksfreundlichkeit Heuchelei sind oder ob sie unsere Forderungen im Interesse der Erwerbslosen anerkennen.

Abgeordneter Dißmann (SPD.) verlangt eine Verbesserung der Lage der Erwerbslosen. Die **Sozialdemokratie werde für die Vorlage stimmen.**

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bezeichnet die Vorlage nur als eine statistischen Zwecken dienende. Er erklärt, die Reichsregierung habe für die Erwerbslosen ein **„warmes Herz"!**

Die Vorlage wird daraufhin gegen die Kommunisten angenommen.

Das Reichsknappschaftsgesetz angenommen

In der Reichstagssitzung vom 22. Juni 1926 erfolgte dann die Weiterberatung der 3. Lesung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz.

Von verschiedenen Parteien sprechen Vertreter zu einzelnen Positionen des Gesetzes und wiederholen ihre Bemerkungen, die sie in der zweiten Lesung gemacht hatten.

Vor der Schlußabstimmung erklärt sich der Volksparteiler Dr. Moldenhauer **gegen die Verbesserungen**, die das Gesetz bringt und **begrüßt** die ebenfalls im Gesetz enthaltenen **Verschlechterungen.** Da das Recht der Versicherten auf Kosten der Unternehmer vergrößert sei, werde die deutsche Volkspartei zum erheblichen Teile gegen das Gesetz stimmen.

Abgeordneter Janschek (SPD.) gibt eine Erklärung ab, in der die Sozialdemokratie die Zustimmung zum Gesetz begründet.

Für die Kommunistische Partei gibt Genosse Schwan eine Erklärung ab:

Infolge unseres scharfen Kampfes zum Zwecke der Verbesserung des Reichsknappschaftsgesetzes ist es gelungen, **einige wenige Verbesserungen durchzusetzen.** Zwar wurden unsere weitergehenden Anträge von allen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie abgelehnt. Es wurden jedoch insbesondere in der Frage der Familienhilfe Verbesserungen erzielt, durch deren Verweigerung Tausende vom Bergarbeiterfamilien zugrunde gegangen sind. In der Verwaltungsfrage wurde der Einfluß der Unternehmer, die infolge ihrer Sabotage alle Verbesserungen verhindert hatten, nun endlich zurückgedrängt. **Aus diesem Grunde wird die kommunistische Fraktion dem Gesetz in der Endabstimmung zustimmen.**

In namentlicher Abstimmung wird daraufhin das **Gesetz mit 320 gegen 58 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.** Es folgen dann Abstimmungen über Entschließungen zu dem Gesetz.

Sekt in Doorn!

Das Berliner „12-Uhr-Blatt" vom Dienstag berichtet über den Eindruck des Volksentscheids-Ergebnisses in Doorn:

„Der Kaiser war zunächst nicht ganz optimistisch gestimmt. Erst nach Mitternacht schien er seiner Sache sicher zu sein. Montag früh traf neben den genauen Abstimmungsdaten, die Herr von Berg telegraphisch übermittelte, ein Glückwunschtelegramm des Justizrats Claß ein, das der Kaiser mehreren Personen vorlas. Der gestrige Tag verlief dann in Doorn in besonders angeregter Stimmung. **Entgegen der sonstigen Gewohnheit in den letzten Wochen, wurde beim Lunch Sekt getrunken."**

Der kaiserliche Deserteur und Volksausplünderer in Doorn läßt die Sektpfropfen knallen! „Prost!" Auf Kosten des ausgeraubten deutschen Volkes!

Die knallenden Sektpfropfen von Doorn sind ein Hohn, der den 15 Millionen Werktätigen zeigt, daß der Kampf gegen die fürstlichen Räuber in verschärfter Form weitergehen muß.

Daß Wilhelm trotz des Sektes die Macht der 15 Millionen fürchtet, läßt der Bericht des „12-Uhr-Blattes" erkennen. Es herrsche „keine ungeteilte Freude" in Doorn und Herr von Berg habe dem Kaiser in seinem Bericht keinen Hehl gemacht, daß der Boden für die Hohenzollern unsicher sei.

Sekt in Doorn! Auf Kosten Eures Elends, Ihr Arbeitslosen, Aufwertungs- und Inflationsopfer, Kriegsinvaliden, Kriegswaisen und -witwen! Wollt Ihr das kampflos erdulden?

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Rohrbachs Austritt aus der Demokratischen Partei. Paul Rohrbach hat dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei mitgeteilt, daß er seine Mitgliedschaft in der Partei aufgebe.

Der sozialdemokratische Pfarrer Wieser an der Trinitatiskirche in Charlottenburg wurde von der Kreissynode Friedrichsroda 2 gemaßregelt, weil er für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingetreten war.

Beabsichtigter Immunitätsbruch von 21 kommunistischen Abgeordneten in der Tschechoslowakei. Das Abgeordnetenhaus hat dem Immunitätsausschuß zu gerichtlichen Ansuchen zur Zustimmung zur Strafverfolgung von 21 kommunistischen und 6 nationalsozialistischen Abgeordneten wegen der Lärmszenen, die am Sonnabend im Abgeordnetenhause stattfanden, zugewiesen. Der Ausschuß soll binnen 24 Stunden dem Plenum berichten. Unter den 27 Abgeordneten befinden sich u. a. der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Haken, der Zentralsekretär der Kommunistischen Partei, Jilek, unter den nationalsozialistischen Abgeordneten der frühere Minister Dr. Franke. Die Anklage stützt sich vorwiegend auf das Gesetz zum Schutze der Republik.

Aufhebung der amerikanischen Ausgleichszölle auf deutsche Stahl- und Eisenprodukte. Die Verordnung über Erhebung von Ausgleichszöllen auf deutsche Walzwerkprodukte ist heute als Folge der Vorstellungen der deutschen Regierung aufgehoben worden.

Pressezensur in Portugal. Wie Havas aus Lissabon berichtet, hat die Regierung die Zensur über die gesamte Presse verhängt. Der Kriegsminister duldet jedoch keine weißen Stellen, sondern fordert, daß jede gestrichene Nachricht durch ein andere ersetzt werde.

Die Aufständigen-Bewegung auf Sumatra. Aus Kotaradjah auf Sumatra wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Abteilung Polizisten und einem Trupp aufständischer Eingeborener im Bezirk Ober-Trocmon im Atjeh-Gebiet wurden die Aufständischen mit schweren Verlusten in die Flucht geschlagen. Sie ließen 12 Tote auf dem Kampfplatz zurück. Die Truppenabteilung hatte nur vier Leichtverletzte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Buchmeisterstraße 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 307904.
Leiter Günsch, Redakteur-Leitartikler. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 5227

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Gewerkschaftskursus Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Stollberg. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Sangerhausen. Fraktionssitzung der kommunistischen Kreistagsmitglieder am Sonntag, 27. Juni, abends 8 Uhr, bei Richard Herrmann, Schulgasse. Alle kommunistischen Kreistagsmitglieder müssen erscheinen. Sitzungsorten sind mitzubringen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sitzung sämtlicher Zellenleitungen am Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, in der Gewerkschaftsherberge. Kassierer und Unterkassierer haben alles nicht verkaufte Material mitzubringen. Abrechnung dortselbst. Jeder Funktionär muß anwesend sein.

Weißenfels. Allgemeine Mitgliederversammlung Montag, 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Thema: Die Lehren des Volksentscheids und unsere Aufgaben. Referent Genosse Scheidner, Weißenfels.

Großen-Rauntal. Gründungsversammlung der Jungs-Spartakus-Bundes Sonntag, 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Runthal. Alle Arbeiterkeltern schicken ihre schulpflichtigen Kinder dorthin.

Kein Genosse darf die CT.- und Usa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

RJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S. Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Heute abend von 6 bis 8 Uhr im Jugendbureau Abrechnung und Empfang der Zeitungen. Alle Zehnerschaftsführer müssen erscheinen.
Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr, im Jugendbureau wichtige BL.-Sitzung. Alle BL.-Mitglieder müssen pünktlich erscheinen.
Donnerstag, 1/2 8 Uhr, im „Volkspark" Diskussionsabend für die Funktionäre und älteren Genossen.
Freitag Gruppenabende mit dem Thema: Politische Situation nach dem Volksentscheid.
Gruppe Süd 1/2 8 Uhr Produktiv-Genossenschaft.
Gruppe Nord 1/2 8 Uhr „Volkspark".
Sonnabend, 26. Juni 1/2 8 Uhr abends, Produktiv-Genossenschaft, Probe zum Sprechchor für die Sonnenwendfeier.
Halle. Sonntag, 27. Juni, müssen alle im DMW. organisierte Genossen am Vormittag zur Wahl gehen.
Sonntag, 1/2 2 Uhr nachmittags, Treffen zur Nachmittagswanderung am Hallmark.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, den 24. Juni, Treffen der Ortsgruppen Delitzsch, Zschortau und Schkeditz im Gasthof Sonntag, Zschortau. Instrumente mitbringen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Von jetzt an werden die Veitrage in den Gruppenabenden abgeliefert. In Zukunft beginnen unsere Veranstaltungen um 1/2 8 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich hiernach richten.
Zeitz, Freitag, 25. Juni, Jungarbeiterschule.
Weißenfels. Donnerstag, 24. Juni, abends 1/2 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Alle Jugendmitglieder, welche in der Roten Jungfront organisiert sind, treffen sich schon um 1/2 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Sonntag, 27. Juni, Tageswanderung. Treffpunkt vormittags 1/2 7 Uhr Roßalsteiweg.
Zeitz. Sonntag, 27. Juni, Ausflug nach Droßewitz. Treffpunkt „Tulpe" nachmittags 2 Uhr.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr, Treffen vor dem Amtsgericht zur Abendwanderung.
Wittenberg. Sonnabend, 26. Juni, Beteiligung am Werbeabend der Ortsgruppe Pieberis in Reinsdorf.
Wittenberg. Sonntag, 27. Juni, vormittags 10 Uhr, vom Gewerkschaftshaus Schnitzeljagd, damit die Metallarbeiter zur Wahl gehen können.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, packt für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.
Donnerstag um 6 Uhr auf dem Gerbenger Uebungsstunde des Spielmannszuges.
Freitag, 1/2 8 Uhr, Treffen am Jugendheim. Badezeug mitbringen.
Weißenfels. Am Freitag, 25. Juni, 5 Uhr, haben alle Kassierer pünktlich im „Gewerkschaftshause" zum Abrechnen zu erscheinen. Erscheinen die Genossen nicht, dann ich verzichtet, wie Ihr wieder gutmachen, denn bei solcher Bummelei habe ich keine Lust mehr zu arbeiten.

Der Hauptkassierer.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauleiteriat Gr. Klausstraße 19 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft.
Postscheckkonto: Paul Döchner, Halle, Postscheckamt Leipzig 5715. Telephon 9012.
Wegen Kassenrevision bleibt das Bureau am Donnerstag, 24. Juni geschlossen.

Untergau Halle-Saalkreis

Am Sonntag, den 27. Juni, beteiligt sich der Untergau am Gautreffen in Artern. Fahrpreis per Kollektiv. Fahrpreis einschließlich Versicherung 2,30 Mk. Meldeschluß für Teilnehmer Donnerstag bei den Bezirksführern. Fahrtscheinausgabe Freitag. Für Ortsgruppen des Saalkreises ebenfalls Freitag beim Kameraden Stöbel, Trebel 1.
Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Vorstandssitzung.
Mittwoch 2. Juli, Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, in der „Schäfer" Abteilungsführerversammlung.
Geschlossener Spielmannszug. Heute abend 7 Uhr am Hettstedter Bahnhof Antreten zum Ueben. Nichterscheinen zieht Konsequenzen nach sich.
Kietzen. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne" Mitgliederversammlung. Bücher mitbringen.
Löbejün. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, im „Adler" Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.
Gerbera. Sonnabend, 26. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im bekannten Lokale. Mitgliedsbücher mitbringen.
Teicha. Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Stöber in Teicha Pflichtversammlung.
Zscherben. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, bei Belge Mitgliederversammlung.

Jungfront

Bezirk 1 (Süden). Heute abend 8 Uhr bei Freundlieb **Funktionärsitzung.** Alle Funktionäre, welche nach Artern fahren, haben ebenfalls zu erscheinen.
Bezirk 3 (Zentrum). Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette" Bezirkspflichtversammlung.
Bezirk 4 (Norden). Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung. Keiner darf fehlen.

Untergau Merseburg

Sonnabend, 26. Juni, abends 7 Uhr, in Merseburg, „Stadt Leipzig", Untergauleiterkonferenz. Alle Parteiangehörigen der Ortsgruppen im Untergau werden ersucht, daran teilzunehmen. Kameraden, die nicht zurückkehren, melden dieses sofort der Untergauleitung wegen Quartier.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Donnerstag, 24. Juni, 1/2 8 Uhr, Stellen an der Schule zur Beerdigung des Kameraden Gründer.
Schkeuditz. Freitag, 25. Juni, abends 1/2 8 Uhr, Abmarsch von der Schule zur Versammlung. Die Versammlung findet diesmal in der „Stadt Leipzig" statt.
Schkeuditz. Sonnabend, 26. Juni, abends 1/2 8 Uhr, Abmarsch von der Schule zur Sonnenwendfeier nach Freiroda.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Vorstands- und Gruppenführersitzung. Alle müssen da sein.
Delitzsch. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Sämtliche Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich restlos an dem Gautreffen in Artern. Alle anderen Veranstaltungen fallen an diesem Tage aus.

Untergau Sangerhausen

Der gesamte Untergau beteiligt sich am Gautreffen in Artern. Alle anderen Veranstaltungen finden nicht statt.
Artern. Sonnabend, 26. Juni, pünktlich 1/4 Uhr, Abmarsch vom „Schützenhaus" nach dem Bahnhof zum Empfang der Türingerberger Kameraden. Alle erwachsenen Kameraden haben sich jeden Tag zwecks Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Spielmannszug. Ueben findet jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, 27. Juni, früh 6 Uhr, Aufsicht nach Artern (Roßalsweg).
Großen-Rauntal. Sonntag, 27. Juni, 9 Uhr vormittags, Pflichtversammlung. Jeder hat zu erscheinen.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Usa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Roter Frauen- und Mädchenbund

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425
Greppin. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Muschwitz. Sonnabend, 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Kurt Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Zeitz. Sonntag, 27. Juni, Ausflug ins Mittelholz. Sämtliche Korporationen werden hierzu freundlichst eingeladen. Sammelpunkt Lindenplatz. Abmarsch 8½ Uhr morgens.

Gazeliegengloden von 50 Pf. an

Extra billige

Wirtschafts-Woche

ist wieder ein Beweis meiner **Leistungsfähigkeit**

Einige Artikel führe ich nachstehend an

Mengenabgabe vorbehalten! Mengenabgabe vorbehalten!

Rote, gute Gummiringe zu allen Gläsern passend

Steingut

Kaffeebecher, bt. . 0,10
Schüsseln, 51 Stck 0,95
Speiseteller, tief und flach . . 0,10
Obst- u. Unterteile bunte Kante . . 0,25
Milchtopf, 1 Ltr. 0,35
Waschgarnitur mit Goldlitzie, 5-teilig 4,95

Waschgarnitur 4-teilig, bunt . 3,95

Aluminium

Becher, groß . . 0,25
Milchtöpfe, 6 Stck 1,95
Kochtöpfe m. Deckel 0,95
Eiertiegel, groß . 0,75

Volksbodenvase mit Wulst . . 17,85

Lackierwaren

Topflappen- und Zwiebelbehälter zusammen 0,95
Brotbüchse, eckig 2 kg 2,65
Sand-Seife-Soda-Garnitur . . . 0,95
Fensterreiniger . . 0,95

Echt Porzellan

Tasse m. Untertasse 0,10
3 Speiseteller . . 0,45
Speiseteller, Jacht. 0,28
Kompotschüssel . 0,08
Abendbrotteller 0,15
Obstteller, Fruchth. 0,50
Kaffeebecher mit Bild . . . 0,20
Kakaokanne mit Deckel . . 1,25

Kaffeeservice, 5tlig. bunt dekoriert 1,95

Holz

Schneidebrett . . 0,08
Klammern, Schock 0,10
4 Kleiderbügel . 0,50
Salatbesteck . . 0,35
Gurkenhobel . . 0,45
Quirlgarnit. 7tlig. 0,95

Einkochapparat m. Thermometer und 6 Spangen . 5,50

Glas

Bierbecher 1/20 . . 0,12
Kompotteller Hansa-Muster . . . 0,08
Wasserflaschen . 0,20
Mais, Weinglas 0,35
Bierbecher, gtl. N. 0,20
Römer, perlch. Farb. 0,50
Rahmservice, 3tlg. schöne Muster . 1,25
Sturzflasche, m. G. 0,35

Kaffeeservice 3tlg. schöne Muster 3,25

Verschiedenes

Kartoffelschäler . 0,05
4 Schermesser . 0,95
Küchenmesser . . 0,08
Bestecke Messer u. Gabel 0,95
Waschbrett m. gut. Zinkeinlage . 0,95
Zeitungshalter für die ganze Woche 0,95

Einkochgläser Rex- u. Ablerform 1. all. Größ. u. Preislag.

Emaille

Becher, grau, groß 0,18
Kehrschaufel mit Holzgriff . . . 0,50
Aufwaschwanne rund 0,95
Reibeisen . . . 0,25
Schmortopf, grau groß 0,95
Eimer, bunt, 24 cm 1,65

Eimer, w./w. m. fl. Fehlern . . . 0,90

Weißblech

Kartoffelstampfer 0,18
Leibwärmer . . 0,75
Kartoffelpresse . 0,95
Schneeschläger . 0,20

Zinkeimer 30 cm . . . 1,10

Bürsten

Schrubber . . . 0,08
Scheuerbürste, gr. 0,19
Stubenbesen, Kokos 0,90
Handfeger, Borste 0,50

Steinweg 45 **Sobel** Gr. Ulrichstraße 9

Butterklöhler ohne Eis 1,85

Bekanntmachungen

Aufwertung übermiesener Sparguthaben

Nach § 57 des Aufwertungsgesetzes und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung müssen Sparguthaben, die von einer Sparkasse auf eine andere Sparkasse übermiesen sind und für die eine Anrechnung des früheren Goldmarkwertes in Anspruch genommen wird, bis zum 30. Juni 1926 bei der neuen Sparkasse angemeldet werden.
Wir fordern demzufolge die in Betracht kommenden Sparer auf, alle Guthaben, die in der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 31. Dezember 1923 von anderen Sparkassen hierher übermiesen sind, bei Vermeidung des Ausschlusses bis spätestens Ende dieses Monats zur Aufwertung bei uns anzumelden. *2362

Eisleben, 22. Juni. Sparkasse mit Girokasse der Stadt Eisleben.

Die Raiswege auf dem Klosterplatz wird von heute an zur Benutzung wieder freigegeben. *2363

Eisleben, 23. Juni. Der Magistrat.

Da die Blutlaus jetzt in Massen auftritt, fordern wir zu deren Vertilgung auf. Kontrolle erfolgt. Zuwiderhandlungen werden bestraft. *2364

Eisleben, 19. Juni. Die Polizeiverwaltung.

Hartobst-Verkauf

Verpachtung der gesamten städtischen Hartobstanlagen am Montag, 5. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gasthof „Zum Adler" (Fruitzsche). Bedingungen im Termin. Auswärtige Käufer werden zugelassen. *2365

Eisleben, 21. Juni. Der Magistrat.

Immer voran! 2375

Ia. Bohnen . . . 1 Pfd. 18 Pf.
Ia. Linsen . . 1 Pfd. 20 u. 30 Pf.
Ia. Viktoria-Erbsen 1 Pfd. 24 Pf.
Ia. Weizenmehl . 1 Pfd. 25 Pf.
Ia. Toilette-Seifen 3 Stück 40 Pf.
Ia. Haferkakao . 1 Pfd. 60 Pf.
Ia. Halloren-Kakao 1/2 Pfd. 30 Pf.
Ia. Kaffee-Mischung 1 Pfd. 65 Pf.
Nikolai-Kakao. . 1 Pfd. 42 Pf.
Ia. Bonbons . . 1/2 Pfd. 15 Pf.
Ia. Kaffee 1 Pfd. 440 bis 300 Pf.
Ia. Keks. . . 3 Rollen 25 Pf.

Donnerstag Freitag Sonnabend

Gratis-Kochprobe
von Oetker Puddinge usw.

Otto Bornschein Halle a. d. S. Mühlstr. 21

Wanzen Kopf-, Filz-, Tier-Läusen Flöhen, Bett

Bert.: Schalle, Schurig, Steinweg 10
Merseburg, Wengel, Obere Burgstr. 6
Weißenfels, Bohler, Kloschstraße 23

Stadt-Theater

Heute Donnerstag 8 Uhr: „Der Sturm"
Freitag 8 Uhr: „Wassenschmied"

H. Mannhardt
Leipzigerstraße 11
Fernruf 4402
empfiehlt sich zur
Farbenglas-Gebläse-Lokal-Packlack-Topfglasur
Reinigung
Reinigung
Reinigung
Reinigung
Reinigung

Leder
zu bekannt billigen Preisen 106
Sommer & Karthals
Albrechtstr. 46, Ecke Geiststraße.

Edison-Theater
Goethestraße
Freitag bis Sonntag 6.30 u. 8.30
Erstaufführung
Der Schrecken schwarzen Rasse
Gewalt
Film mit
H. Junkermann
Gamilla v. Hollay
Mat Wainwright
Rasputin
Hysterisch
dem Zarenschicksal
Dame d. Welt
Dolles Leben
Premiere
Preise wie bei Stadt-Theater
H. Nienburg

Walhalla
8 Uhr Tel. 6383
Erfolg ohnegleichen
Endlose Lachstürme
über
Rudolf Hälzer
als
Louis Strumkohl
und
Anna Müller-Lincke
als
Mine Brandt
in
Ueber'n großen Teich
mit *2270
seinem außergewöhnlichen Melodien-Reichtum!
— Tageskasse ab 11 Uhr —

Zoologischer Garten
Sonnabend, den 26. Juni
Feier des 25jährigen Bestehens *2377

Auch 40 Grad Hitze können uns nichts anhaben. Wir bieten Ihnen bei jeder Temperatur klassische
Seefische
in bester Qualität
Für Freitag in besonderer Frische
Seelachs o. Kopf ℳ nur 22
Kabeljau o. Kopf ℳ nur 95
Goldbarsch o. K. . ℳ nur 48
Kardonaden, bratfert. ℳ 48
Schellfisch ohne Kopf besond. preiswert ℳ nur 48
Prachtvolle Rotzungen und Schollen . . . . . ℳ 60
Seehecht ohne Kopf . . ℳ 65
Austernfisch, Kardonad. ℳ 70
Ferner in bekannter Güte:
Räucherwaren täglich frisch eingetroffen
Delikate, zarte, fette Matjeshering Stück 10, 12, 15, 20, 25 u. 30
Bei der Hitze eine angenehme Abwechslung zum Frühstück und Abendbrot bietet
Oelsardinen
in feinst., reinschmeckendem Olivenöl
Dose 33, 35, 40, 45, 50, 60, 65, 75, 85, 1,00, 1,25, 1,35, 1,45, 1,60, 2,50, 2,75
Nordsee
Deutschlands größter Seefischhandel
Fernsprecher 1274 1275 2705 4

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Trebitz bei Könnern zum 1. Juli gesucht. Zu melden bei **Friedrich Göhre**, Trebitz 5.

Achtung! Achtung!
Runthal
Sonntag, den 27. Juni
Montag, den 28. Juni 1926
15jähr. Stiftungsfest
verbunden mit Vogelschießen
Alle Freunde und Gönner der Arbeiter-Sportliche sind herzlichst eingeladen.
Arb.-Schießgesellschaft Gröben-Runthal

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Bekanntmachung

Das Wasser wird Freitag, 25. Juni, vormittags von 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, Gerberplan, Alter Markt, Roßmarkt, Schloßpromenade, Dieterstraße abgestellt.

Delitzsch, den 24. Juni 1926. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Lem neuen Betriebsleiter vom Bau 288, Leuna-Werke, ins Stammbach

Der Dr. Seyb ist Chemiker,
Geprüfter Akademiker;
Die Hände sind, scheint's, ungewaschen,
Er hat sie nämlich in den Taschen
Wenn er durch den Betrieb muß geh'r
Das sind' ich wirklich wen'ger schön.

Nicht so gemeene würde es,
Meines Erachtens, ausseh'n,
Wenn er dabei, prebier' er's mal,
Die Daumen ließe draußen stehn.

Auch höflichkeit vermißt man sehr
Bei ihm, man kriegt 'ne Wut,
Wenn man ihn grüßt, dann tippt der Mann
Nicht mal an seinen Hut.

Auch sagt er niemals „Guten Tag".
Es ist, weeß Jott, 'ne Schande.
Sind denn die Leute alle so,
Aus diesem Pfälzerlande?

Herr Dr. Haak doch höflich ist,
Man hat dran seine Freude;
Nun, Dr. Seyb, ändern Sie sich
Recht bald, möglichst schon heute.

Und grüßt man jetzt, Sie junger Mann,
Wenn Sie sind im Betriebe,
Dann grüßen Sie auch Ihrerseits,
Der Höflichkeit zuliebe.

Hier sieht man wieder, wie so oft,
„Die Dummheit und der Stolz,
Die wachsen (wie das Sprichwort sagt)
Vereint auf einem Holz!"

(Ein Leunaprolet.)

ie die Fürstenknechte dem Volk die Wohnungen rauben

(Landarbeiterkorrespondenz)

er Gutsbesitzer Schleicher in Beerendorf, ein reicher nationaler Großgrundbesitzer, hat fortgesetzt Mangel an Arbeitskräften. Landarbeiter lehnen es ab, für die dreckigen Bettelpfennige, man ihnen für ihre harte Arbeit hinwirft, auf seinem Gute zu ben und versuchen lieber, in der Industrie Arbeit zu bekommen. e sie nun vorher eine Gutsmahnung bezogen haben, so droht ihnen mit Hinauswurf und versucht, **sie durch Drohungen mit Wohnungslosigkeit vom Ausgeben der Landarbeit abzuhalten.**

Die reaktionären Verordnungen in der Wohnungsfrage auf dem Lande geben dem Grundbesitzer die Möglichkeit, einen Teil der Wohnräume solcher Landarbeiter sich anzueignen. Schleicher hatte aber damit nicht genug, sondern unternahm den Versuch, die einem Arbeiter noch verbliebenen zwei Wohnräume zwangsweise räumen zu lassen. Man hatte schon begonnen, die Sachen herauszusetzen, als der Arbeiter, von seiner Arbeitsstätte kommend, erschien. Seinem energischen Auftreten gelang es, diesen Ueberfall abzuwehren.

Die Großagrarier versuchen planmäßig, die wenigen Sicherungen, die der Landarbeiter heute, wenn er in die Industrie abwandert, hinsichtlich seiner Wohnräume noch hat, zu beseitigen. So ist vor einiger Zeit in der Gemeinde Jaosch ein Arbeiter aus der Wohnung geworfen und durch die Gemeinde in einem Stall untergebracht worden.

Landarbeiter, Ihr könnt im Graben verrecken, wenn Ihr Euch nicht selber helft. Kämpft dafür, daß den Großagrariern das Verfügungsrecht über die Wohnungen genommen wird und die Wohnungen in den Besitz des Kreises oder der Gemeinde überführt werden. Schließt Euch in den freien Gewerkschaften zusammen, verstärkt die Reihen Eures Kampforgans, des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Arbeiterentlassungen bei Wegelin & Hübner

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie verlautet, sollen bei obiger Firma in den nächsten Tagen 220 Mann entlassen werden. Die Entlassungen sollen erforderlich sein, weil die deutsche Maschinenindustrie auf dem Auslandsmarkt nicht konkurrenzfähig ist. Eigentümlich muß es dann aber in diesem Zusammenhang berühren, wenn kurz vorher 14 Arbeiter eingestellt wurden, die unter Tarif bezahlt werden. Dieses Vorgehen ist ein weiterer Beweis, daß die Unternehmer die Lasten der augenblicklichen Wirtschaftskrise allein auf die Arbeiter abwälzen wollen. Zu diesem Kapitel verschärfter Ausbeutung der Arbeiter gehört auch die Anwendung aller möglichen schikanösen Maßnahmen, worin sich speziell der Ingenieur Schade und auch der Direktor betätigen.

Genossen der Betriebszellen

Am Sonntag, dem 27. Juni, ist Urwahl der Delegierten zum Metallarbeiter-Verbandstag.

Kontrolliert die DMV.-Verbandsbücher,

ob auch alle klassenbewußten Verbandsmitglieder mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind. Nur dann kann jedes Mitglied die

Liste der Opposition wählen.

Der erste Abschluß der Dawes-Bahn

L. Wenige Tage nach dem Tode Oesers, des ersten es-Vogtes der Reichsbahn, legt diese ihren ersten Bericht unter dem Dawes-Regime für die Zeit vom 1. Oktober 1924 31. Dezember 1925 vor. Der Bericht bestätigt das, was sbahner-Marx in seinem Nachruf auf Oeser sagte: er der Erhalter der Reichsbahn gewesen ist, — Erhalter Mehrer der Dawes-Bahn, des größten deutschen Unternehs für das internationale Finanzkapital. Die Reichsbahn ist Kernstück des Dawes-Paktes. Der Bericht über sie gibt ein wie das internationale Finanzkapital in seiner Verflechunter amerikanischer Führung und treuer Mitwirkung deutschen Großkapitals — Carl Friedrich v. Siemens Vorsitzender im Verwaltungsrat der Dawes-Bahn — die deutWerktätigen ausbeutet.

Kapital der Dawes-Bahn, im Geschäftsbericht Beisbrecht genannt, weil die Dawes-Bahn den Betrieb der nur noch formell gehörenden Bahn führt, beläuft sich auf Milliarden Mark. Es setzt sich zusammen aus 13 Milliarden Stammaktien, 11 Milliarden Mark Reparationsschuldverbungen und 500 Millionen Mark Vorzugsaktien, deren Erdem Reiche zufällt. Zu diesem Betriebsrecht von 24,5 Milliarden Mark ist im ersten Geschäftsjahr aus Neuanlagen ein Zuvon 239 Millionen Mark getreten.

Betriebsvorräte, die in der Eröffnungsbilanz vom ober 1924 mit 631 Millionen Mark ausgewiesen waren, sind 186 Millionen Mark zurückgegangen, nach dem Geschäftswegen vorsichtiger Bewertung der Vorräte.

Vermittel der Dawes-Bahn erreichen bei 144 Millionen Kasse und 544 Millionen Mark Bankguthaben den Betrag 688 Millionen Mark. Dazu kommen an anderen Vermögensnach rund 125 Millionen Mark Forderungen aus Verkehrsnahmen und an das Reich, sowie aus Beteiligungen (an der topa, an der Verkehrskreditbank und an der für Seefahrt).

der Passivseite der Bilanz stehen, außer 13,5 Milliaktien Mark Stamm- und Vorzugsaktien, 11 Milliarden Repaschuldverschreibungen, ferner eine Ausgleichsrücklage von Millionen Mark und eine Betriebsrücklage von 756 Millionen die schon in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen waren.

Einnahmen und Ausgaben der Betriebsrechnung ergeben aus folgender Uebersicht:

Einnahmen der Betriebsrechnung

	RM.
nenverkehr	1 710 992 983,84
verkehr	3 536 888 629,76
ige Einnahmen	420 800 905,78
Zusammen	5 668 682 519,38

Ausgaben der Betriebsrechnung

a) Persönliche Ausgaben

hung der Beamten	1 300 577 050,35
der Angestellten und Betriebsarbeiter	430 427 574,26
der Bahnunterhaltungsarbeiter	172 901 844,87
der Werkstättenarbeiter	329 737 695,94
gehalt, Wartegeld, Hinterbliebenenbezüge	493 513 438,02
ige persönliche Ausgaben	287 052 610,74
Summa a) Persönliche Ausgaben	3 014 210 194,18

b) Sächliche Ausgaben

rungsgegenstände und Betriebsstoffe	540 177 604,98
haltung und Erneuerung der baulichen agen	606 913 642,99
haltung und Erneuerung der Fahrzeuge und chinellen Anlagen	571 202 589,57
ige jährliche Ausgaben	117 415 338,34
Summa b) Sächliche Ausgaben	1 835 709 175,88
mmen a u. b: Ausgaben der Betriebsrechnung	4 849 919 370,06
Mithin Ueberschuß	818 763 149,32

Von diesen 818,7 Millionen Mark Betriebsüberschuß ist zunächst der Zinsendienst für die 11 Milliarden Reparationsschuldverschreibungen mit 396,3 Millionen Mark erfüllt worden. Weiter sind der gesetzlichen Ausgleichsrücklage 138,3 Millionen Mark zugeführt und für Abschreibungen und Verlustgefahr 115 Millionen Mark zurückgestellt worden.

Es ergibt sich ein Reingewinn von 156 Millionen Mark. Aus ihm wird auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 7 Prozent (2,96 Millionen Mark) gezahlt. Der Rest von 153 Millionen Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Diese Abrechnung der Dawes-Bahn enthält nicht alle Kapitalsvermehrungen, die durch Neuanlagen und Erweiterungen ihr zugewachsen sind. Im ganzen sind fast eine Milliarde Mark für solche Neuanlagen ausgegeben worden, während die Bilanz nur 239 Millionen Mark an Kapitalzuwachs ausweist.

Mehr als eine halbe Milliarde Mark sind also vorweg aus den Knochen der Eisenbahnarbeiter und -angestellten als herausgeholte Ueberschüsse in neues Kapital verwandelt worden.

Der Bericht gibt noch Vergleiche über die Betriebsleistungen im letzten Vorkriegsjahr 1913 und dem Jahr 1925. Aus diesen Vergleichen, auf die wir noch zurückkommen, ergibt sich, daß die Netto-Tonnenkilometer von 57,282 Millionen im Jahre 1913 (neue Grenze) auf 59,629 Millionen im Jahre 1924 gestiegen sind. Diese gesteigerte Leistung ist, und das ist das Charakteristische dieses Dawes-Berichtes wie überhaupt des neuen deutschen Kapitalismus, bei einem dauernden Sinken und einem auch gegen 1913 in seinen alten Grenzen verringerten Personals erreicht worden. Die Personalübersicht zeigt folgende Zahlen:

	1913 alte Grenzen	1923 neue Grenzen	1925
Gesamtpersonal	774 433	692 714	732 961
Beamte	294 851	263 887	331 712
Arbeiter	479 582	428 827	401 249

Aus dem Bericht der Dawes-Bahn sieht man deutlich, wie die Dawes-Knute zum Motto für die Rationalisierung in Deutschland, für die Organisierung des Raubbaues an der deutschen Arbeiterkraft wird. Dabei enthält der Bericht nicht einmal die Gesamtzahl aller Abgebauten. Seit 1923 sind über 240 000 Arbeiter und Angestellte brotlos gemacht worden.

Der Bericht rühmt dann auch die „Fortschritte der Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft, des Werkstättenwesens und der Stoffwirtschaft". Dahinter steckt vor allem neben der Arbeitszeitverlängerung die Werkstättenschließung und die Betriebszusammenlegung.

Ueber die maßlose Verlängerung des Arbeitstages durch die Dienstbereitschaft, dieses Kernstück der Rationalisierung der Dawes-Bahn, schweigt er sich aus. Dagegen behauptet er, daß die Löhne höher als vor dem Kriege seien. Der Reallohn betrage, 1914 = 100 gesetzt, 119. Dabei weiß jedes Kind, daß die Reichsindexziffer, die die Dawes-Bahn ihrer Lohnberechnung zugrunde legt, gefälscht ist.

Die Dawes-Bahn als größtes deutsches kapitalistisches Unternehmen unter unmittelbarer Kontrolle des internationalen Finanzkapitals erweist sich als die Führerin der kapitalistischen Rationalisierung. Carl Friedrich von Siemens, der seine Rationalisierung als die Erzielung der gleichen Leistung bei verringerter Arbeiterzahl gekennzeichnet hat, ist nicht umsonst der Präsident des Verwaltungsrates.

Herr Dorpmüller, als bewährter Nachfolger Oesers, den Marx nach einigem Zieren bestätigen wird, wird das, was unter seiner tätigen Mitwirkung im ersten Dawes-Jahr begonnen wurde, als Generaldirektor tatkräftig gegen die Arbeiter und Beamten der Dawes-Bahn fortsetzen.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buchdrucker

Am 20. Juni wurde die 13. (ordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Buchdrucker und Schriftgießer im reichgeschmückten Saale des Gewerkschaftshauses in Berlin eröffnet.

Kollege Seitz begrüßte die Delegierten und wünschte der Tagung einen vollen Erfolg. Den Verbandstag begrüßten weiter Oberbürgermeister Böß namens der Stadt Berlin, Kollege Braun im Auftrag des Berliner Gaues, Kollege Grundbacher, Sekretär des Internationalen Buchdruckersekretariats und Kollege Theunissens für die belgischen Buchdrucker, Kollege Haueisen für die übrigen graphischen Verbände. Der 2. Vorsitzende des ADGB., Kollege Graßmann, sprach zugleich im Namen des Reichswirtschaftsrates. Wir werden ihn noch beim Wort nehmen, wenn er sagt, daß wir nachholen müssen, was wir versäumt haben. Die Hoffnung, daß die nächsten Jahre besser werden mögen, teilen wir nicht. Der französische Verband hat ein Sympathietelegramm gesandt. Wir vermissen auf der Tagung die Russen! Warum hat man diese nicht eingeladen?

Der Reichsarbeitsminister ist dienstlich verhindert, an seiner Stelle nimmt Oberregierungsrat Dr. Albrecht an der Tagung teil.

Den Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorliegt, gibt der Kollege Seitz. Die beiden letzten Jahre waren für den Verband Jahre der Erholung. Die Mitgliederzahl stieg von 65 775 auf 79 340. Das Verbandsvermögen stieg in der gleichen Zeit von 563 258 auf 3 677 871 Mark. Verschlechterungen im Tarif konnten im allgemeinen abgewehrt werden. Es gelang, den Lohn zu steigern auf 48,— Mark Wochenlohn, den Zuschlag für Maschinensetzer auf 20 Prozent, den der Korrektoren auf 7½ Prozent. Der Schriftgießerstreik hat nicht zu einem Siege geführt, obwohl der Verbandsvorstand alles getan habe. Die Gründe der Niederlage dieser Sparte, die zu 100 Prozent organisiert war, müssen noch aufgedeckt werden.

Mit dem Internationalen Buchdruckersekretariat arbeitete man gut zusammen. Materielle Hilfe leisteten wir den belgischen Kollegen in ihrem Kampfe, und stellten den jugoslawischen Kollegen bei einem eventuellen Ausbruch von Differenzen solche in Aussicht.

In den beiden Berichtsjahren ist das Verbandshaus in der Dreibundstraße fertiggestellt worden. Der Verbandsvorstand, der Bildungsverband, die Redaktion des „Korrespondenten" sind bereits übergesiedelt. Das Haus lege Zeugnis ab von der Größe und Stärke der Organisation.

Die innere Verwaltung ist zu verbessern und zu vereinfachen. Es braucht nicht alle zwei Jahre eine Generalversammlung stattzufinden (?). Die Zahl der Delegierten ließe sich auch noch vermindern. Die Berichtsjahre waren arbeitsreiche, aber auch erfolgreiche (?) Jahre.

Es folgt der Bericht des Kassierers, Kollegen Schwertnitz. Die Organisation steht finanziell gut da. Es ist in der kurzen Zeit nach der Inflation wieder ein Vermögen vorhanden von 3 677 871,— Mark. Das Haus in der Dreibundstraße ist nicht belastet. Die Druckerei ist zu einem Musterbetrieb ausgestaltet worden. Der Verband ist beteiligt an der Sozialen Bauhütte, der Bank der Arbeiter und Angestellten und der Volksfürsorge.

Der Nachmittag brachte eine Besichtigung des Verbandshauses und des Flughafens.

Am 2. Verhandlungstage trat man in die Diskussion zum Vorstandsbericht ein. Ein großer Teil der Delegierten hieß die vom Vorstand eingeschlagene Politik gut. Eine starke Minderheit kritisierte, daß der Vorstand auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik nicht ganz seine Pflicht erfüllt hat. Er hat während der guten Konjunktur es versäumt, die Minimumlöhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Das Arbeitslosenproblem ist vom Vorstand nicht erwähnt worden. Er hätte alle Veranlassung, hier einzugreifen, um die Arbeitslosen wieder dem Produktionsprozeß zuzuführen. Die zahlreichen Unterstützungsanträge veranlassen einen Kollegen, die Warnung auszusprechen, **die Unterstützungen nicht zu überspannen.**

Auch die hohen Kosten für das Haus in der Dreibundstraße wurden moniert. Von einem Voranschlag von 1 Million stiegen die Kosten auf **3½ Millionen.**

Kollege Dörband, Berlin, wandte sich gegen den Verbandsvorstand, der in der guten Konjunktur es nicht vermocht hat, die Löhne heraufzusetzen und sich gegen das Arbeitszeitabkommen zu wenden. Er kritisiert die **einseitige Berichterstattung** in der Arbeiterpresse, wo **Fortschritte von Sparten vorhanden** waren.

Kollege Heise, Leipzig, griff den „Korrespondent" an, der in dem Begrüßungsartikel feststellte, daß auf dem Kongreß **keine** Meinungsverschiedenheiten bestehen. Mit Hilfe eines Wahlmodus und des Statuts ist man bestrebt, jeden oppositionellen Einfluß zu unterbinden. Schonungslose Kritik muß man üben. Bei der Feier im Großen Schauspielhaus hat man **den Unternehmerverband sowie den Verein der Zeitungsverleger eingeladen.** In der Lohn- und Tarifpolitik sind gewiß einige Fortschritte gemacht, aber es war nicht möglich, die Vorkriegsstellung zu erreichen. Die Schlagkraft des Verbandes muß erhöht werden. Nicht mit den Mitteln und Methoden, schiedlich und friedlich neben den Unternehmern zu arbeiten, kommen wir vorwärts, sondern mit den **Mitteln des Klassenkampfes.** Wir müssen unter den Kollegen die Illusionen zerstören, daß irgendwelche Ergebnisse herauskommen mit Hilfe der staatlichen **Schlichtungsorgane.** Hier ist nur der Einfluß der Arbeitgeberverbände vorhanden. Vollste Klarheit über diese Dinge zu schaffen, wäre eine Aufgabe des Vorstandes. Wir müssen uns gegen jeden Lohnabbau wenden. Auf Grund der **Leistungszulagen** sind Kollegen eingestellt, die beim Nachlassen der Konjunktur wieder entlassen oder mit Lohnabbau bedacht wurden. Die **Freizügigkeit wie der Achtstundentag** sind unbedingt hochzuhalten.

Die Weltwirtschaftskrise hat auch ihre Rückwirkung auf die deutsche Arbeiterschaft ausgeübt. Nach neuen Mitteln und Methoden müssen wir sehen, um der Verelendung der Arbeiterschaft zu begegnen. Diese Fragen sind naturgemäß politische. Eine Trennung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit gibt es nicht, beide ergänzen einander. Kollege Heise spricht dem Vorstand sein Mißtrauen aus.

Weitere Redner sprachen zu dem neuen Verbandshause, zur Spartenpolitik, über die Lehrlingsstaffel, die Gewerbekrankheiten. Ein Redner fordert, daß an jeder Maschine nur ein Drucker arbeitet. Delegierte wenden sich auch gegen eine Beschränkung der Zahl der Delegierten, gegen längere Zwischenräume der Generalversammlungen, gegen die Hinaufsetzung der Zahl auf 5000 Stimmen für die Delegation des 2. Gauvorsitzenden. Diese Maßnahmen beschneiden nur die Rechte der Mitglieder. Während der Tagung begrüßte der Vorsitzende zwei „prominente" Mitglieder der politischen Arbeiterbewegung Scheidemann und Hilden-

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An alle Ortsgruppen der KPD. im Bezirk Halle-Merseburg

Die Volksentscheidskampagne erforderte große Ausgaben. Der Bezirk hat finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen. Wir erwarten, daß alle Ortsgruppen

sofort die Sammellisten abrechnen

Listen und Gelder sind an die Bezirkskasse zu senden.

Bis zum 26. Juni müssen diese Arbeiten erledigt sein. Die säumigen Ortsgruppen werden wir am 28. Juni im „Klassenkampf" veröffentlichen.

Bezirksleitung der KPD., Org.-Abtl.

Der Dank der Reaktion ist ihnen gewiß

Die „Hallesche Zeitung" veröffentlicht eine zynische Danksagung des Ausschusses gegen Fürstenenteignung an alle jene, welche durch Terrormaßnahmen, Führen von schwarzen Listen Spitzelei und Angeberei es fertig gebracht haben, die Zahl der Eintragungswilligen am Sonntag herabzumindern. Besonders der Geheimrat Finger wird in den Himmel gehoben für sein Verständnis, das er den Fürstenfreunden gegenüber gezeigt hat. Die Arbeiterschaft weiß, was sie diesem Lob gegenüberzusetzen hat. Die Frechheit der „Halleschen Zeitung" erreicht jedoch ihren Höhepunkt in folgenden Ausführungen:

„Bekanntlich wurden solche Listen bei jeder bisherigen Wahl geführt. Aber diesmal erklärte sich die Empörung darüber doch wohl vor allem daraus, weil verschiedene Leute sich scheuten, öffentlich bei der Wahl gesehen zu werden."

Kein Wort von der frechen Hetze, mit der man die Wähler Wochen vorher einschüchterte, kein Wort davon, daß man vor wenigen Tagen noch behauptet hatte, man wolle alle diejenigen „schnitzen", die sich an der Abstimmung beteiligen würden. Und dann die Opfer dieser Niederknüttelung noch als „Leute, die sich scheuten, bei der Wahl gesehen zu werden" zu verhöhnen, so etwas kann nur die schwarzweißrote Pressekanaille fertig bringen. Dann behaupten sie weiter mit bigottem Augenaufschlag, dies sei noch lange kein Terror.

Aber ein Geheimnis hat die „Hallesche Zeitung" doch verraten.

„Leider waren es zu wenig", die sich der „nationalen Sache" zur Verfügung gestellt haben.

Dieses Eingeständnis zeigt deutlich genug, daß es mit der Aktivität für die Fürstensache nicht sehr weit der gewesen ist trotz des Riesenradaus, der vom Buße-Ausschuß geschlagen worden war.

Die Fürstenfreunde hatten zwar das beste für sich: nämlich die demokratische Verfassung mit diesem famosen Paragraphen, der auch im Falle eines Volksentscheids ein Listenführen ermöglicht und so aus der geheimen eine öffentliche Wahl macht. Dieses Loch in der Verfassung ist typisch für den ganzen Staat und seine Machtkonstellation. Es zeigt der Arbeiterschaft, daß die parlamentarische Aktion ohne die außerparlamentarische niemals zu einem wirklichen Siege führen kann.

Städtetag für Sachsen-Anhalt

Der Städtetag der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt findet am 10. und 11. September in Halberstadt statt. Die Einladungen an die Verbandsstädte sind bereits ergangen.

Doch Stadtschaft der Provinz Sachsen

Entgegen früheren Meldungen, daß die vom Provinziallandtag beschlossene Stadtschaft der Provinz Sachsen nicht genehmigt sei, weil ein Bedürfnis nicht vorliege, heißt es jetzt, nach einer Mitteilung des Wohlfahrtsministeriums sei die Bedürfnisfrage für die Errichtung einer Stadtschaft für die Provinz Sachsen jetzt anerkannt worden, so daß mit der Genehmigung der Stadtschaft voraussichtlich in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Die Stadtschaft soll als ein auf öffentlicher Grundlage arbeitendes Kreditinstitut mit dem Recht der Ausgabe von Pfandbriefen errichtet werden.

Die Dölauer Heide hallischer Stadtwald

Der Hauptausschuß des Landtags erledigte am Mittwoch den kommunistischen Antrag betreffend die Dölauer Heide. Unsere Genossen haben bekanntlich in Uebereinstimmung mit einem Stadtverordnetenbeschluß gefordert, daß dem Charakter der Heide als Erholungswald für die hallische Großstadtbevölkerung entsprechend **die großen Abholzungen eingestellt werden** und daß die Heide, um sie dem fiskalischen Raubbau zu entziehen, **zu einem erträglichen Preise an die Stadt Halle verkauft wird.**

Genosse Killian begründete den Antrag. Ein Wald, der in der Nähe einer Großstadt liege, dürfe nicht in ganzen Flächen radikal abgeholzt werden, wie das mit der Dölauer Heide zum Entsetzen der Erholungsbedürftigen geschehen sei. In solchem Falle müßten die Interessen der Volksgesundheit den Kassenintereßen vorangestellt werden. Wenn die Abholzungen der letzten Jahre so fortgesetzt würden — 80 Hektar von 550 Hektar Gesamtfläche in zwei Jahren! —, so würden die besten, älteren Teile der Heide bald verschwunden sein. In hohem Grade sei die Niederschlagung alter Eichen bedauerlich. Wenn die Heide für den Staat bei Berücksichtigung der gesundheitlichen Gesichtspunkte unwirtschaftlich wäre, sollte die Regierung doch der Stadt Halle die Heide überlassen. Natürlich müßten Bedingungen gestellt werden, die in Zeiten starker finanzieller Anspannung der Gemeinden tragbar wären. Die Stadt Halle würde, davon könne der Landtag überzeugt sein, aus der Heide dann einen wirklichen Erholungswald machen und vielleicht dann den Plan verwirklichen, den Wald über die Brandberge bis an den städtischen Forst Cröllwitz und die Saale heranzuziehen.

Diesen Ausführungen schlossen sich die beiden Deutschnationalen Hechen und v. Gersdorff an. Der Vertreter der Forstverwaltung mußte zugeben, daß die letzten Jahre in der Heide Forstwirtschaft nach allgemeinen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit betrieben worden wäre. Seit kurzem seien die Verhandlungen wegen des Verkaufs der Dölauer Heide an die Stadt Halle wieder aufgenommen worden. Die Regierung sei durchaus bereit, angemessene Bedingungen zu stellen.

Darauf wurde der Antrag in folgender Fassung vom Hauptausschuß einstimmig angenommen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, a) in der Dölauer Heide nur die unbedingt notwendigen Durchforstungen vornehmen zu lassen; b) bei den Verhandlungen mit der Stadt Halle über Abtretung der Dölauer Heide an die Stadtverwaltung der künftigen Zweckbestimmung der Dölauer Heide als Erholungsstätte Rechnung zu tragen und größtes Entgegenkommen zu zeigen."

Damit haben unsere Genossen die Schritte wirksam unterstützt, die dazu führen sollen, daß **die Dölauer Heide in absehbarer Zeit wirklich der hallische Stadtwald wird.**

Ihr laßt die Armen schuldig werden

In der Schwurgerichtssitzung vom Dienstag hatte sich die neunzehnjährige Haustochter Ella R. aus Halle wegen Kindestötung zu verantworten. Während der Verhandlung war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagte am 10. September v. J. ein Kind zur Welt brachte. Es handelt sich dabei um eine Frühgeburt, die auf dem Abort zustande kam. Durch den Sturz auf den Boden hatte das Kind Verletzungen der Schädeldecke davongetragen, die nach Urteil der Sachverständigen, obwohl das Kind kurze Zeit gelebt hat, zu seinem Tode führen mußten. Trotzdem soll die Angeklagte noch Handlungen unternommen haben, die den Tod des Kindes durch Ersticken herbeiführten. Sodann hat sie die Leiche in einer Kiste auf dem Hausboden verborgen. Angeblich hat sie dies ohne Absicht der Tötung unter Einwirkung großer seelischer Erregung getan. Das Gericht hielt jedoch vorsätzliche Tötung für erwiesen, ließ aber mildernde Umstände gelten, da das Kind durch die Verletzungen der Schädeldecke auch ohne das Zutun der Angeklagten nicht am Leben geblieben wäre. Statt der vom Staatsanwalt beantragten Gefängnisstrafe von 2½ Jahren erkannte das Gericht auf 2 Jahre Gefängnis. Hierauf soll die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden. Ferner wurde der Angeklagten nach Verbüßung von sechs Monaten für den Rest der Strafe Bewährungsfrist in Aussicht gestellt.

Kein Metallarbeiter

darf am Tage der Wahl der Delegierten zum Metallarbeiter-Betriebsrat bei der Wahlarbeit und Propaganda fehlen. Kein Metallarbeiter

darf am Sonntag, den 27. Juni, Veranstaltungen, Ausflüge usw. mitmachen,

durch die er von der Abgabe seiner Stimme abgehalten wird. Alles, was er neben der Teilnahme an der Wahl und Wahlarbeit an diesem Tage unternimmt, muß er so einrichten,

damit er nicht verhindert wird,

für die Liste der Opposition zu werben, Bekannte und Freunde zu die Wahlurne zu bringen und vor allem

seine Stimme abzugeben

für den Kampf um den Achtstundentag, für die Bildung von Kampfbündnissen, für die Führung systematischer Lohnkämpfe und die Durchsetzung der Arbeitslosenforderungen

für die Liste der Opposition!

An alle Funktionäre im RFMB.!

Durch verschiedene Umstände ist es nicht möglich, am Freitag die Mitgliederversammlung abzuhalten, die ursprünglich vorgesehen war. Dafür findet aber zwecks Durchführung organisatorischer Arbeiten am

Freitag, dem 25. Juni, abends 8 Uhr

in der „Goldenen Kette" eine wichtige Sitzung aller Funktionäre statt, an der teilzunehmen haben: Die Mitglieder der Gauleitung, die Werbebezirksführerinnen, die Werbebezirkskassiererinnen und die Unterkassiererinnen der einzelnen Werbebezirke. Die Unterkassiererinnen der Werbebezirke haben möglichst bis Freitag mit den Werbebezirkskassiererinnen abzurechnen, damit die Abrechnung am Freitag mit der Gauleitung vorgenommen werden kann. Die Werbebezirkskassiererinnen haben das Geld für die verkauften Volksentscheidsmarken, Bundeszeitungen usw. mitzubringen oder das nichtverkaufte Material. Wir machen es allen Genossinnen zur Pflicht, bestimmt zu erscheinen.

Außerdem geben wir hiermit bekannt, daß sich der RFMB. an dem Roten Frontkämpfertag am kommenden Sonntag in Eisleben nicht beteiligt. Wir machen aber schon heute darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, dem 1. Juli in Bölbitz-Wörmlitz die Gründungsversammlung einer Ortsgruppe des RFMB. stattfindet, an der sich die Ortsgruppe Halle geschlossen beteiligen wird. Nähere Anweisungen erfolgen in den nächsten Tagen.

Die Gauleitung des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes.

Hallische Tageschronik

Selbstmord

Am 23. Juni gegen 2.45 Uhr nachmittags verübte ein etwa 40jähriger Mann im Hausflur eines Grundstückes in der Kaiser-Promenade dadurch Selbstmord, daß er sich mit einer Pistole einen Schuß in die Schläfe beibrachte. Durch einen herbeigerufenen Arzt konnte nur noch der Tod festgestellt werden. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof überführt. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Vorsicht auf der Straße!

Gestern abend gegen 7.56 Uhr wurde auf der Passendorfer Straße ein Kind im Alter von fünf Jahren, welches mit seiner Großmutter auf dem Wege von Halle nach Nietleben war, von dem Gespann eines Maurermeisters aus Nietleben überfahren. Der mit 40 Zentner Kohlen beladene Wagen ging dem Kinde über den Körper. Ein Auto nahm es mit in ein hallisches Krankenhaus. Ob es seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Unfug

Am 24. Juni gegen 2.17 Uhr nachts wurde der Feuermelder an dem Grundstück Gr. Sandberg 13, gegen 2.45 Uhr nachts an dem Grundstück Charlottenstraße 15 und 3.25 Uhr nachts, der am Grundstück Magdeburger Straße 57 unbefugter Weise in Tätigkeit gesetzt. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

*** Feriensonderzug nach der hinterpommerschen Küste Horst-Deep—Kolberg.** Durch nachträgliche Aenderung des Fahrplans auf der Kleinbahn, besteht beim Feriensonderzuge FO 57 am 3. und 10. Juli von Leipzig und Halle auch Anschluß in Greifenberg nach Rewahl und Horst Seebad-Greifenberg ab 6.45 Uhr nachmittags, an Rewahl 8.08 Uhr, an Horst 8.26 Uhr und in Treptow (Regatta) nach Deep — ab Treptow 7.20 Uhr nachmittags, an Deep 7.55 Uhr. Die Reisenden nach diesen Seebädern können ihr Ziel also noch am selben Tage erreichen, nicht erst am nächsten Tage, wie im Aushang und in der Ueberschrift angegeben ist. Ferner haben die über Kolberg hinaus nach Richtung Köslin fahrenden Reisenden sofort Anschluß, da der sonst fahrplanmäßig 6.58 Uhr in Kolberg abfahrende Personenzug 8.45 am 3. und 10. Juli die Ankunft des Sonderzuges FO 57 abwartet.

Gespräch mit Eisenstein

Es liegt schon einige Wochen zurück, als Herr Eisenstein, der heute laut gepriesene Regisseur des russischen Films „Panzerkreuzer Potemkin", in Berlin weilte, eigentlich zu dem Zweck, der Uraufführung seines Werkes beizuwohnen. Es traf sich, daß wir einmal in einer ruhigen Stunde beieinander saßen und über die prekäre Lage der internationalen Filmindustrie debattierten. Das Gespräch kam auf den russischen Film, und mit ruhiger Schärfe begann der junge breitstämmige Lette die Wesenszüge der neuen russischen Filmkunst aufzuzeigen.

Wer auf einem Posten gestellt ist, der einem die Erziehung von Menschen zuweist, wird Gesinnung bekennen müssen. Und wir wollen erziehen, wollen abweichend von den üblichen Definitionen der Filmkunst als eines angenehmen Zerstreuungsmittels vielmehr erschüttern und läutern.

„Sie wissen, unsere Denkweise ist eine dialektische. Ergo gestalten wir auch im Kunstwerk Gegensätzliches, um zu einer Synthese aufsteigen zu können. Sehen Sie meinen „Potemkin". Alles ist drin ideologisch fundiert; nur so vermögen wir jene Spannung zu erzeugen, die nicht aus äußeren Effekten, sondern aus den Beziehungen der Dinge und der Menschen zueinander gebricht."

„Glauben Sie denn nun, daß Sie des Einzelspiels ganz entraten können?" wandte ich forschend ein.

„Ja und nein, individuelles Schicksal ist nur soweit von Belang, als es Massenschicksal zu repräsentieren vermag. Unser Ethos der Arbeit führt uns direkt zur Masse. Masse ist uns ein entwickelter, komplizierter und wertvoller Organismus, ist uns bedeutsamer als das Atom-Schicksal: Individuum.

Sie werden jetzt auch begreifen, weshalb die Leistungen der neuen Russen von einer geradezu faszinierend geladenen Atmosphäre getragen sind. Ich sage es Ihnen: wir sind einzig und allein darauf aus, Wahrheit zu produzieren, ganz irdische, reale, unmystische Wahrheit. Sehen Sie, und um Wahrheit produzieren zu können, bedarf es auch des wahren Menschen, und den finden wir, indem wir ins Volk gehen und uns dort die Typen suchen, die wir brauchen. Das ist auch das Geheimnis, weshalb meine „Darsteller" von einer Ihnen wohl unbekannten Lebenstechnik sind: weil sie ihr eigenes Erlebnis spielen und nichts, was ich an ihnen gestellt hätte.

Und dann wird das Individuum in eine Umgebung hineingestellt, die ihm zugehörig ist, die mit ihm harmoniert, die ebensoviel Wahrheit atmet wie er selbst." (Aus dem „Filmcourier".)

„Panzerkreuzer Potemkin" gehört auch in den kleinsten Ort

Soeben wird uns mitgeteilt, daß der Film „Panzerkreuzer Potemkin" anschließend an Halle in Nietleben, Dölau, Lettin und Seeben zur Aufführung gelangen wird.

Sonderaufführung für die Erwerbslosen in Halle

Für die Erwerbslosen und deren erwachsene Familienangehörigen werden Anfang nächster Woche besondere Aufführungen des „Panzerkreuzer Potemkin" zu ermäßigten Preisen erfolgen. Nähere Mitteilungen erfolgen in der Erwerbslosenversammlung, die am Freitag vormittag im „Volkspark" stattfindet.

„Panzerkreuzer Potemkin". Unter diesem Titel ist im Malik-Verlag, Berlin, ein kleines Buch erschienen, das an Hand von authentischen Dokumenten den Matrosenaufstand eines Teiles der russischen Schwarzmeer-Flotte vor Odessa im Jahre 1905 schildert. Das Buch enthält 15 gut gelungene Bilder, die sämtlich dem zurzeit im Thalia-Theater laufenden Film „Panzerkreuzer Potemkin" entnommen sind. Außerdem sind Beiträge von Maximilian Harden, Siegfried Jacobsen, Stefan Großmann, L. Persius, Kapitän zur See a. D. usw. enthalten. In absolut nüchterner und dennoch packender Weise schildert der Verfasser F. Slang den Grund und den Verlauf des Aufstandes der „Potemkin"-Matrosen. Jeder, der diesen großartigen Film gesehen hat, sollte sich auch dieses kleine Buch anschaffen, das zum Preise von 1 Mk. in der Buchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, zu haben ist.

Arbeiter-Händel-Fest Leipzig

am 26. bis 28. Juni 1926

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, und das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig in Gemeinschaft mit der „Arbeitsgemeinschaft Tidamscher Chöre" und dem „Verband Lichtischer Chöre", haben sich zu der gemeinsamen Aufgabe vereinigt, am 26., 27., 28. Juni 1926 in Leipzig ein Händel-Fest mit volkstümlichen Preisen zu veranstalten. Zur Aufführung kommen: „Samson" (Tidamsche Chöre, Leitung Otto Tidam) in der Thomaskirche; „Herakles" (Lichtische Chöre, Leitung Barthel Licht) in der Alberthalle; eine Orchestermusik, verbunden mit einem Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Dr. Arnold Schering, Halle, über „Händel" im Kaufhaussaal; die Oper „Tamerlan" (Leitung Generalmusikdirektor Gustav Brecher) im Neuen Theater. Namhafte Solisten sind zur Mitwirkung verpflichtet worden.

Theater, Konzerte und Vorträge

Walhalla-Theater. Der Programmwechsel der Rudolf-Müller-Gesellschaft im genannten Theater bringt uns ein Stück aus der „guten" alten Zeit. Philippi's Operette „Weber's grosser Teich" wird auch durch den eingeschobenen Kegelteil nicht zu humorvolle Extemporie nicht besser und wertvoller. Alles schwimmt hier in lyrischer Romantik, die sich gegen Ende des Stückes bis zur sittlichen Sentimentalität steigert. Nichts hält mit der herben Wirklichkeit Schritt, höchstens daß auch heute noch in Europa abgewirtschaftete Artikeln ihr hochstaplerisches Handwerk treiben dem großen Teich fortzusetzen versuchen. Auch die musikalische Dichtung bietet leider gut wie nichts. In Erinnerung bleibt bekanntlich das Alterlieder Lied — das aus dem Stück nicht mehr herauszuhalt werden kann, ist bestimmt nicht die Schuld der Müller-Gesellschaft. Die einzige Schuld, die sie trifft, ist, daß sie bisher noch keine Konsequenz ziehen und ihren Repertoire fortan ausschließlich bei neuen Werken führt. Unbeschadet bei dieser Schuldfrage bleibt allerdings, daß auch die Operetten der neueren Zeit sich von denen der alten Zeit nicht wesentlich unterscheiden, wie man überhaupt von bürgerlichen Bühnenkünstlerinnen niemals etwas wirklich Neues, als Mittelmäßiges verlangen kann. Das liefe ja Revolution. Es etwas aber macht der Bürgerin nicht, am allerwenigsten in der Literatur. — Wenn das Stück trotz aller seiner Schwächen dennoch einigermaßen Beifall fand, so liegt das an den Darstellern, die sich oft sehr um den Erfolg bemühten. Direktor Müller und Frau Müller-Linde zeigten durch ihren unwüchigen Humor oft Lachen. Max Siege als Brauereibesitzer und Otto Daue als sein Sohn boten in ihren Rollen keine Maßarbeit. Lotte Braune als Hulda Knarzel bringen sind eine gute Rolle und auch sie ebenfalls Erfolg. Lotte Koch fesselte in ihrer Rolle als Emilie zu wenig zur Geltung. Alle übrigen verhalfen der Operette zu einem Erfolg, den sie nicht verdient hat.

Zoologischer Garten. Sonnabend, 26. Juni, findet die Feier des 25jährigen Bestehens unseres Zoologischen Gartens statt. 4 Uhr nachmittags Konzert unter Leitung von B. Pütz und Kapellmeister Jolesch, dem Dirigenten des ersten Zoologischen Garten-Orchesters. Anschließend abends Feuerwerk und Tanz (Kapelle Frauenberg).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0006

Kommunistischer Antrag auf sofortige Einberufung des Provinziallandtags

KPD.-Fraktion des Landtags fordert Hilfsmaßnahmen für die Hochwasser-Geschädigten

Aus Anlaß der ungeheuren Hochwasserschäden in unserer Provinz hat die kommunistische Fraktion des Landtages für die Provinz Sachsen die sofortige Einberufung des Provinziallandtages beantragt, um den durch das Hochwasser Geschädigten schleunige Hilfe bringen zu können. Sie richtete deshalb an die Provinzialverwaltung sowie an den Provinzialausschuß folgenden

Dringlichkeitsantrag

In der Provinz Sachsen sind durch die Ueberschwemmungen infolge der unaufhörlichen Regenfälle, des Hochwassers und der Dammbrüche, Tausende von kleinen Existenzen schwer geschädigt und in die größte Notlage versetzt worden. Im östlichen Teile des Regierungsbezirkes Merseburg, in den Gebieten, die von Elster, Elbe und Mulde durchflossen werden, ist die Landwirtschaft von einer Katastrophe betroffen, die zum vollkommenen Ruin der kleineren Leute führen muß, wenn nicht sofort

umfassende Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen

einsetzen.

In den Kreisen Delitzsch, Torgau, Liebenwerda, Schweinitz und Wittenberg sind fast ausschließlich Kleinbauern und Arbeiter die Hochwassergeschädigten. Die Heuernte wurde ihnen fortgeschwemmt oder durch das Wasser unbrauchbar gemacht. Die Wiesen sind zum größten Teil verschlammt, so daß vielfach auch der zweite Grasschnitt ausfallen oder mindermertig sein wird. Die Getreidefelder, soweit sie nicht überschwemmt und völlig vernichtet sind, liegen wie gewalzt und werden nur geringen Ertrag bringen. Die Kartoffelfelder sind in großem Umfange vollkommen zerstört, verschlammt oder werden noch wochenlang unter Wasser stehen, so daß mit großen Ernteausfällen zu rechnen ist. Viele der Geschädigten, die infolge zu geringer Anbaufläche, schlechten Bodens, zu hoher Pachten und drückender Steuerlasten, sowie infolge Erwerbslosigkeit ihrer früher in der Industrie beschäftigt gewesenen Kinder ohnehin wirtschaftlich in schwieriger Lage sich befanden, stehen infolge des Hochwasserschadens vor dem Zusammenbruch.

Das in viele Ortschaften eingedrungene Hochwasser hat auch an Gärten, Gebäuden, sowie dem Inventar große Schäden angerichtet. Die Aufwendungen, die manche Gemeinden zu machen haben, um das zerstörte oder beschädigte öffentliche Eigentum, Straßen, Brücken usw. wiederherzustellen, werden sich auf Zehntausende von Mark im Einzelfalle belaufen.

Die Provinzialverwaltung muß im Ueberschwemmungsgebiet sofort umfassende Hilfsmaßnahmen, insbesondere für die geschädigten kleinen Existenzen, durchführen. Die kommunistische Fraktion des Landtages für die Provinz Sachsen beantragt deshalb, daß der

Provinziallandtag baldigst zusammentritt

um über die Bewilligung einer größeren Summe zur Durchführung der Notstandsaktion für die Ueberschwemmungsgebiete sowie über die Richtlinien, nach denen die Verteilung der Mittel erfolgen soll, Beschluß zu fassen.

Da in zahlreichen Fällen Existenzen durch das Hochwasser völlig vernichtet und augenblickliche Hilfe erforderlich ist, wird der Provinzialausschuß ersucht, im Vorgriff auf die vom Landtag zu bewilligende Summe bis zu 5 Millionen Mark aus laufenden Mitteln oder Krediten den am schwersten betroffenen Landkreisen Delitzsch, Torgau, Liebenwerda, Schweinitz und Wittenberg zur Verfügung zu stellen.

Um eine gerechte Verteilung dieses Geldes, also unter bevorzugter Berücksichtigung der geschädigten kleinen Leute, sicherzustellen, werden in allen Ortschaften mit Hochwasserschäden

Komitees der Geschädigten

gebildet, deren Beauftragte für die Festsetzung der Beträge für den einzelnen Geschädigten dem Kreisausschuß Vorschläge zu machen haben.

Die Verwendung der an Gemeinden zu gewährenden Mittel muß an die Bedingung geknüpft werden, daß

zu allen Wiederherstellungsarbeiten Erwerbslose herangezogen

werden, an die tarifliche Löhne zu zahlen sind.

23. Juni 1926.

Kommunistische Fraktion des Landtages für die Provinz Sachsen.

Hochwasser- und Unwetterschäden

Während das Hochwasser der letzten Tage zu fallen begann, sind neue Unwetter aufgetreten, die ein abermaliges Steigen der Wasser in den betroffenen Gegenden befürchten lassen. So sind am Sonntag auch über das Bitterfelder Industriegebiet schwere Unwetter herausgezogen. Der Grubenbetrieb der Golpaer Grube war durch einige Zeit stillgelegt. Ueberall waren die elektrischen Kraft-, Licht- und sonstigen Leitungen gestört. Mehrere Stunden konnte kein Zug fahren, verschiedentlich hatten die Wasserpumpen ebenfalls keinen Strom und die Elektriker konnten die Arbeiten fast gar nicht bewältigen. In einem Tagebau schlug der Blitz in ein Pumpenhäuschen, dasselbe brannte vollständig ab.

Ueber Bitterfeld ging ein schweres Gewitter, verbunden mit wolkenbruchartigem Regen, nieder, der solche Wassermengen brachte, daß in kurzer Zeit Höfe und Keller bis zu zehn Zentimeter Höhe unter Wasser standen. Die Straßen bildeten teilweise einen See. Die Kellerwohnungen standen ebenfalls unter Wasser. In der Ziegelstraße stürzte infolge Rohrbruchs eine Mauer ein.

Aehnliche Meldungen kommen aus Brehna, Sandersdorf und Zschornewitz. In Brehna drangen die Wassermassen in die Keller und teilweise auch in die Wohnungen ein. Der Dorfplatz in Sandersdorf glich einem See. Verschiedentlich schlug der Blitz ein.

Die Unwetter sind auch über das Saalekal gezogen. In Schkopau bei Merseburg ist die Rittergutsschäferei durch Blitzschlag eingeäschert worden. Schafe und Schweine sind dabei mit verbrannt. In Weißenfels hat es verschiedentlich eingeschlagen. Drei Personen wurden bei einem Blitzschlag betäubt und gelähmt.

Im Hochwasser der Saale ertrunken

Ein Opfer des Hochwassers wurde ein 23jähriger Arbeiter in Weißenfels, der in der Nähe des Wehres Notstandsarbeiten verrichtete. Nach Beendigung der Arbeiten begab er sich unterhalb des Wehres an das Ufer, um sich gründlich zu waschen. Dabei rutschte er aus und fiel ins Wasser. Trotzdem er schwimmkundig war, wurde er durch den von dem Hochwasser verstärkten Strudel erfaßt und in die Tiefe gerissen.

Ein Bergarbeiter vom Blitz getötet

Auf dem Wege zwischen Döbris und Steingrimma wurde der 23jährige verheiratete Bergarbeiter Erwin Pendler aus Döbris vom Blitz erschlagen.

Unwetter im Torgauer Gebiet

In der Hochwassersnot, die die Bewohner in den Dörfern der Elbaue schon seit einiger Zeit in Aufregung hält, haben sich schwere Gewitter über Torgau und der Umgebung entladen. In dem benachbarten Städtchen Schildau beunruhigte ein äußerst schweres Gewitter die Einwohnerschaft. In Probstthain schlug der Blitz ein und äscherte das Wohnhaus und die Stallgebäude des Handelsmannes Böhr vollständig ein. In Elsnig entlud sich ein heftiges Gewitter. Der Blitz traf das Gehöft des Landwirts Richter. Die Scheune ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Den herbeigeeilten Wehren gelang es, das Wohnhaus zu retten. Ebenso entlud sich ein schweres Gewitter über der Stadt Torgau. Der Blitz schlug mehrmals ein.

Die Mulde steigt wieder!

Auf dem Rathaus in Bitterfeld ist folgendes Wasserstandstelegramm eingegangen: „Wurzen, 23. Juni, 9.25 Uhr vormittags: Wasserstand zwei Meter, steigt langsam. 55 Zentimeter gestiegen."

Dammbrüche der Elbe bei Magdeburg

Aus Magdeburg wird unterm 23. Juni gemeldet:

In der letzten Nacht haben die Wasserfluten der Elbe zwischen Hohenwarthe und Niegripp bei Magdeburg die Schutzdämme durchbrochen. Ueber 800 Morgen Acker sind überflutet, deren Früchte zum größten Teil als verloren gelten müssen. Weiter unterhalb Magdeburgs sind weite umfangreiche Gebiete überflutet worden. Oberhalb Magdeburgs gelang es den angestrengten Arbeiten Magdeburger Pioniere, Dämme zu halten, um eine ganze Reihe von Dörfern und mehr als 6000 Morgen Acker vor dem Verderben durch einen eventuellen Deichbruch der Elbe zu schützen. Bei Jerichow-Fischdeck droht die Flut, den Sommerdeich zu durchbrechen, wodurch mehr als 3000 Morgen Ackerland die schwersten Schäden erleiden würden.

Saalkreis

Kein Geld für Kinder. Am Mittwochvormittag 8 Uhr konnte man die Not der Arbeiterkinder aus dem Saalkreis auf dem Bahnhof Halle kennenlernen. Um diese Zeit sammelten sich 30 Kinder aus mehreren Orten des Saalkreises, um nach Bad Elmen zu fahren. Dort sollen diese Kinder eine Kur von sechs Wochen durchmachen, um gestärkt und gesund wieder nach Halle zu kommen. Diese Kinder, während des Krieges geboren, waren alle unterernährt und schlecht gekleidet. Das Kreiswohlfahrtsamt mußte verschiedenen Kindern erst Sachen liefern, sonst hätten sie nicht mitfahren können. Hier konnte man die Klassengegensätze in Deutschland sehen. Während den Fürsten und den abgetakelten Offizieren ungeheure Renten in den Rachen geworfen werden, kann man auf der anderen Seite feststellen, daß die Kriegsopfer, Sozialrentner und all die Opfer des Krieges und der Inflation durch ihre minimalen Renten nicht in der Lage sind, noch ihre Kinder anständig zu ernähren und zu kleiden. Nieder mit dem verruchten System!

Bölberg-Wörmlitz

An die gesamte Arbeiterschaft! Die Abteilung des Roten Frontkämpfer-Bundes Bölberg-Wörmlitz steht in aller Kürze vor der Ortsgruppengründung. Es ist daher notwendig, daß eine große Zahl revolutionärer Arbeiter dem RFB. noch beitritt. — Gerade die letzten Erfahrungen mit den faschistischen Horden sollten den letzten die Augen geöffnet haben. Was in Ammendorf geschehen, kann jeden Tag in Bölberg vor sich gehen. Es ist daher Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters, ohne Zögern dem RFB. beizutreten, um somit dem Faschismus eine festgefügte rote Front entgegen zu stellen. Hinein in den Roten Frontkämpfer-Bund, und Bölberg-Wörmlitz wird im Gau Halle-Merseburg an führender Stelle stehen.

Oeffentliche Quittung der Roten Hilfe Ortsgruppe Halle

Belegschaft Baustelle Heilmann & Littmann ges.	19,70 Mark
Belegschaft Brömme (Tellersammlung)	4,50 Mark
Unbekannt: 2 Kleider.	
Unbekannt: 1 Hemd, 1 Bluse, 1 Rock, 1 Kleid.	
Frau Menzel: 1 Rock.	
Zerzelski: 1 Kinderbett mit Matratze.	
Heinold, Zwingerstraße 9: 1 Sommerkleid, 1 Jaketi, 1 Sommerjacke, diverse getragene Sommerblusen.	

Oeffentliche Quittung der Roten Hilfe

Ortsgruppe Ermlitz (KPD.). Maifeier gesammelt	28,00 Mk.
Godbolz. Arbeiter-Turnverein	8,00 Mk.
Godbolz. KPD.	12,25 Mk.
Ammendorf. KPD. am 26. Mai gesammelt	15,50 Mk.
Kröllwitz. Stiftungsfest d. Arbeiter-Radfahrerbundes Tordon. Der Mann im Monde	3,14 Mk.
Wiedersteadt. Spende der KPD.	3,00 Mk.
Sandersdorf. 1. Pfingstfeiertag gesammelt	5,00 Mk.
Delitzsch. Maifeier (Küchensammlung)	7,65 Mk.
Roter Tag in Helbra	38,15 Mk.
Vortragsabend I	1,55 Mk.
Vortragsabend II	3,87 Mk.
Demonstration am 16. Mai	3,31 Mk.
Neumark. Sammelbüchsen	9,32 Mk.
Röglitz. Arbeiter-Radfahrerv. (Ueberschuß vom 1. Mai)	4,20 Mk.
Reitmannsdorf. Sammelliste II	37,40 Mk.
Kretzschau. Maifeier	10,90 Mk.
KJVD.	11,82 Mk.
Unterwiederstedt. Gesammelt	5,00 Mk.
Delitzsch. Skatklub Gemütlichkeit	5,50 Mk.
KPD.	11,20 Mk.
Wiedersted. Ortsgruppe der KPD. auf Sammelliste	5,00 Mk.
Zeitz. Maiopfer von drei Genossen im Konsumverein	10,00 Mk.
Gesammelt in der Maiversammlung	4,51 Mk.
Sammelbüchsen in Lokalen	14,46 Mk.
Gespendet vom Gen. Gustahr	8,00 Mk.
Beim Reichstreffen gesammelt	22,70 Mk.
Weißenfels. Vom Genossen Brathan	5,00 Mk.
Greppin. Sammlung der Erwerbslosen	11,81 Mk.
Zeitz. 1 Sack Reis, 1 Karton Kakaowürfel.	
Eisenberg. Genosse Braune Kolbe: 8 Bücher.	

Sportnachrichten

Achtung! Bezirks-Turn- und Sportfest!

Die Turngenossen, welche sich beim Gedenkturnen am Werbeabend zum Bezirks-Turnfest beteiligen wollen, werden ersucht, sich von ihrem Vereine nach Naumburg zur Bezirksortsmarkenkarte belegieren zu lassen. Otto Wolffert.

Sportfreunde 1925. Freitag, abends ½7 Uhr, treffen sich wiederum Sportfreunde 1. gegen Giebichenstein 1. auf der Peißnitz im friedlichen Wettkampfe. Vor 14 Tagen konnte Giebichenstein infolge von Umstellung und Vertagen der Sportfreunde-Mannschaft einen hohen 6:0-Sieg landen. Sportfreunde haben alles daransgesetzt, diese Scharte wieder auszumerzen und werden mit ihrer zurzeit stärksten Mannschaft erscheinen. Auch der Spielleiter der Giebichensteiner wird sich also ein spannender Kampf entwickeln und es bleibt abzuwarten, ob Giebichenstein wiederum einen so hohen Sieg heimbringen kann. Für den Arbeitersportler also Parole am Freitag: Auf zur Peißnitz.

NSC. (Handball). Spiele am Sonnabend, dem 26. Juni, auf dem Fichte-Platz: 1. Schüler gegen Fichte 2. Schüler um 6 Uhr. 1. Sportler gegen Osmünde 1. um 7 Uhr. Nachdem für sämtliche Handballer Mannschaftsaufstellung bei Kunnick. Unentschuldigtes Fehlen wird Satzungsgemäß bestraft.

Freitag den 25. Juni, abends 7 Uhr auf dem Sandanger

Viktoria 1. — Sportfreunde 1. Teicha

Beide Mannschaften werden sich in diesem Spiele erstmalig gegenüberstehen. Teicha hat sich zu einem schätzbaren Gegner in der ersten Klasse entwickelt. Deshalb kann man auf den Ausgang des Spieles gespannt sein.

Naturfreunde Halle. Sonnabend, 26. Juni, Sonnenwendfeier in Wettin. Abmarsch 7 Uhr von der Steinmühlenbrücke.

SAC. Teutonia 08. Sonnabend, 26. Juni, Mitgliederversammlung. — Spiele für Sonntag, 27. Juni: 1. — Viktoria 1. ½11 Uhr. 2. — Viktoria 2. 12 Uhr (Viktoria-Platz).

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Merseburgerstraße 14.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Juli erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht. Der Verlag.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen**

Dieselben sind stets frisch und ausgiebig 161

1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰ 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40

Otto Noak, Inh.: Georg Ritter, Gr. Steinstr. 76

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von Robert Tressal

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

8. Kapitel

Der große Berg

Bert kam ins Geschäft, belud so schnell wie möglich den Handwagen mit den verlangten Gegenständen und machte sich auf den Weg. Durch die Stadt ging es ganz gut, denn die Straßen waren eben und glatt, weil sie mit Holz gepflastert waren. Wäre nur der ganzen Weg so geblieben, dann hätte er sich nicht zu klagen gehabt, wenn er auch ein recht schwacher Junge war für solche Last. Auf der holzgepflasterten Straße war die Beschaffenheit die, einen freien Ausblick nach vorn zu kriegen. Der Karren war zu hoch beladen, als daß er ihn hätte übersehen konnen, besonders wegen der langen Leiter, die quer über das Ding gelegt war. Dank seiner Vorsicht kam er doch gut durch die Stadt, obgleich er ein paar Mal fast mit einem Auto und der Straßenbahn zusammengestoßen wäre und danach beinahe eine Frau mit einem Waschekorb übertrannt hatte. Von Zeit zu Zeit traf er andere junge Burschen seiner Bekanntschaft, die einen mit großen Körben voll Kaufmannsware, die anderen mit Kisten Fleischerkästen.

Leider hörte das Holzpflaster gerade da auf, wo die Straße zu steigen begann. Von hier an stieg der Weg langsam aber beständig bis zum Schluß. Aus früheren Erfahrungen wußte er ganz, wie die Sache am besten anzufassen war. Ein Frontalangriff auf diesen Hügel barg die Gefahr des Mißerfolges. Er bewegte also in Serpentinen vorwärts und kreuzte die Straße fortwährend von einer Seite zur anderen, wie ein Schiff, das gegen den Wind segelt. In gewissen Abständen hielt er an, um sich zu erholen und zu Atem zu kommen. Diese Abstände richteten sich weniger nach seinen Kräften, als vielmehr nach verschiedenen Dingen am Wege, vorzugsweise Laternenpfählen. Während er ausruhte, pflegte er schon immer nach dem nächsten Laternenpfahl oder der Straßenecke Ausschau zu halten, die als nächster Haltepunkt dienen sollte, und wenn er weiterfuhr belebte dieses Ziel seine tapferen und verzweifelten Anstrengungen.

Es war das Ziel zu weit entfernt, denn er überschätzte gewöhnlich seine Kräfte und wenn er dann nachgeben mußte, schob er den Wagen an die Bordschwelle und stand schwer keuchend. Er fühlte sich tief entmutigt von seinem Mißerfolg.

Einmal, als er so stand, durchzuckte ihn plötzlich der Gedanke, daß er schon lange unterwegs sei. Er mußte jetzt aufholen, sonst würde er Schereien kriegen. Noch nicht einmal die Hälfte dieser Straße hatte er jetzt. Er bestimmte einen fernen Laternenpfahl zum nächsten Ruhepunkt. Der Karren hatte nur eine Deichsel mit einem Querholz am Ende, das als Handgriff diente. Er packte es wild mit beiden Händen, stemmte die Brust dagegen, und mit mächtiger Anstrengung stieß er den Karren vor sich her.

Mit jedem Schritt Weges schien die Last schwerer zu werden. Sein ganzer Körper und besonders die Schenkel und Waden schmerzten fürchterlich; aber trotzdem mußte er sich und strebte vorwärts und wiederholte sich immer wieder, daß er nicht nachgeben werde, ehe er nicht den Laternenpfahl erreicht hätte.

Da der Griff ihm den Brustkasten zu sehr drückte, setzte er ihn etwas tiefer, gegen den Magen, doch das war noch unerträglicher. Er schob ihn also wieder vor die Brust und kämpfte sich ungestüm vorwärts, atemlos keuchend und mit wild klopfendem Herzen. Der Wagen wurde schwerer und schwerer. Es kam dem Jungen so vor, als wenn einer vorn am Wagen versuchte, ihn den Hügel wieder hinunterzustoßen. Der Gedanke war so komisch, daß er beinahe gelacht hätte, aber diese Anwandlung wich gleich wieder der Furcht, er könne doch nicht bis zur Laterne aushalten.

Mit zusammengebissenen Zähnen machte er noch einmal eine fürchterliche Anstrengung und stolperte zwei bis drei Schritte vorwärts — dann stand der Wagen. Wenige Sekunden kämpfte er noch hoffnungslos mit ihm, aber alle Kraft hatte ihn plötzlich verlassen. Seine Beine waren so schwach, — fast wäre er zur Erde gesunken. Der Karren begann zurückzurollen, er konnte ihn gerade noch halten und in den Rinnstein schieben.

Halb betäubt, blaß, zitternd und schweißbedeckt hielt er ihn da fest. Seine Beine zitterten heftig und er fühlte, daß er niederfallen würde, wenn er sich nicht ein wenig niedersetzte. Er lenkte die Deichsel vorsichtig, um nichts von dem Inhalt des Tünchelmers zu verschütten, der an einem Haken unter dem Wagen hing. Dann setzte er sich an die Bordschwelle und lehnte sich müde gegen das Rad.

Ein wenig tiefer lag an der Straße eine Kirche mit einer großen Uhr. Die Uhr zeigte auf fünf Minuten vor zehn. Bert nahm sich vor, um zehn Uhr wieder aufzubrechen.

Viele Dinge gingen ihm durch den Kopf, als er so da saß. Gerade hinter der Kirche lag ein Feld mit kleinen Teichen, wo er mit anderen Jungens Kaulquappen gefangen hatte. Wenn der Karren nicht wäre, würde er schnell mal hinüberrennen und nachsehen, ob es noch immer welche gab. Er erinnerte sich, daß er es damals sehr eilig gehabt hatte, aus der Schule und zur Arbeit zu kommen, aber es waren doch eigentlich schöne Zeiten gewesen.

Eine Minute bis zehn.

Mit schwerem Herzen beobachtete Bert die Uhr. Die Beine taten noch immer sehr weh. Jetzt war der Minutenzeiger schon am Rand der Zahl. Er überlegte, ob er vielleicht noch fünf Minuten dran geben sollte, aber er war schon so lange unterwegs, daß er den Gedanken gleich aufgab. Der Minutenzeiger stand jetzt senkrecht und er mußte weiter.

Gerade als er aufstehen wollte, sagte eine grobe Stimme hinter ihm:

„Wie lange willst Du eigentlich noch hier sitzen bleiben?"

Bert fuhr schuldbewußt auf und stand Herrn Hurtig gegenüber, der ihn zornig anstarrte. Dicht dabei stand die Kolossalfigur Schwitzers aufgepflanzt und sein fettes Gesicht spiegelte den tiefen Kummer wieder, der ihn angesichts solches erschreckenden Beispiels jugendlicher Faulheit erfüllte.

„Was soll dieses Betragen heißen?", fragte Hurtig aufgebracht. „Wie kommst Du auf die Idee, Dich hierherzusetzen, während die Leute auf die Sachen warten?" Purpurrot vor Scham und Verwirrung schwieg der Junge.

„Du sitzt da schon eine ganze Weile", fuhr Hurtig fort, „seit ich die Straße heruntertomme, beobachte ich Dich."

Bert versuchte zu sprechen, zu erklären, warum er da ausgeruht hatte, aber die Zunge war ihm vor Schreck wie verdorrt und er brachte kein Wort heraus.

„Auf die Weise wirst Du im Leben wohl nie vorwärtskommen, mein Junge", bemerkte Schwitzer mit warnend erhobenem Zeigefinger und vorwurfsvollem Schütteln des dicken Kopfes.

„Vorwärts mit Dir, aber flott!" sagte Hurtig streng, „ich weiß wahrhaftig nicht, was ich dazu sagen soll! So ein Gedanke. Setzt sich einfach hin in meiner Zeit!"

Das war ganz ehrlich. Hurtig war nicht nur zornig, sondern ganz verblüfft über die Kühnheit des Burschen. Der Gedanke, daß einer seiner Arbeiter die Frechheit wagen würde, sich in seiner Zeit hinzusetzen, war unglaublich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0007

Für die Erwerbslosen

(Erwerbslosenbeilage)

Rationalisierung, Volksentscheid und Massenarbeitslosigkeit

Vielfach haben wir im „Klassenkampf", insbesondere an Hand von Tatsachen aus der chemischen Industrie, dargelegt, wie die von Unternehmern, ADGB. und SPD. gleichermaßen gepriesene **Rationalisierung**, solange kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse bestehen und die Gewalt von der Bourgeoisie ausgeübt wird, sich gegen die Arbeiterklasse auswirkt. Die technischen Neuerungen, Aenderungen in der Organisation der Betriebe und was sonst unter den Begriff der Rationalisierung fällt, dienen lediglich zur Profitsteigerung der besitzenden Klasse, nicht aber zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Unter den heutigen Machtverhältnissen bedeutet Rationalisierung **ungeheuer verschärfte Ausbeutung der im Betrieb Stehenden und zugleich**

Brotlosmachung von Millionen Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten.

Hinzu kommt, daß immer mehr Erwerbslose ausgesteuert werden, also nicht einmal mehr die Elendsgroschen der heute noch bestehenden, aber täglich bedrohten Erwerbslosenfürsorge erhalten!

Während der **Volksentscheidskampagne** haben die kommunistischen Redner immer wieder darauf hingewiesen, daß den Erwerbslosen bei Aufbringung von 20 Millionen „Ja"-Stimmen noch nicht geholfen ist, sondern daß ein schwerer Kampf um die Durchführung des Volksentscheids auf alle Fälle bevorstehe. 14½ Millionen haben sich trotz unerhörten Terrors der Gegner und trotz der Beeinflussung durch die angeblich „über den Parteien stehende" Hindenburg-Regierung für den Volksentscheid eingesetzt. Nun kommt es darauf an, **daß diese 14½ Millionen weiter zusammenstehen** und daß sie durch ihre Aktivität auch unter den Furchtsamen und Schwankenden neue Kampfesverbündete gewinnen! Massenarbeitslosigkeit und Massenelend bleiben auf der Tagesordnung, infolgedessen ist auch die Organisierung der Abwehrfront eine unausbleibliche Notwendigkeit.

Immer stärker ergibt sich die Notwendigkeit, durch **höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit** einen Ausgleich zu der vermehrten Arbeitsleistung zu schaffen und **gegen Betriebsstillegungen** und für **die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß** ernstlich den Kampf zu organisieren. Die Erweiterung der Betriebsräterechte, ihr Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen und des Arbeitstempo im Betrieb sowie über Einstellung und Entlassung bilden hierbei ein wichtiges Kampfziel.

Die Arbeiterschaft wird die Maschinerie, an die sie der Kapitalismus schmiedet, nicht zerschlagen. Aber daraus folgt nicht, daß sie die vermehrte Ausbeutung, die Antreibemethoden, Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend, die die privatkapitalistische Anwendung der Produktionsmittel mit sich bringt, ohne Widerstand hinnehmen muß. Die Rationalisierung hat sich für die Arbeiterschaft als eine furchtbare Geißel erwiesen, indes ihr Segen in klingender Münze in die Taschen der Unternehmer fließt.

Erwerbslose und Betriebstätige leiden darunter. Deshalb haben beide das gleiche Ziel: **Kampf gegen diese schändlichen Zustände und gegen ihre Wurzel, den Kapitalismus.** Die berufene Organisation, die den Kampf durchzuführen hat, in der Betriebstätige und Erwerbslose geeint sind, ist die freie Gewerkschaft. In ihr muß ein ganz anderes Leben einsetzen, als es bisher der Fall war, alle müssen daran mithelfen!

Kurzarbeit bei Ford

Im Paradies der Amsterdamer „schlimmer wie bei Siemens"

Einer unserer Arbeiterkorrespondenten hat zwei Verwandte, die seit 1½ bzw. ¾ Jahren als Schlosser und Werkzeugmacher bei Ford in Detroit U. S. A., arbeiten. Der letztere schildert jetzt seine Eindrücke. Unser Mitarbeiter schreibt uns darüber folgendes:

Dem jetzt bei Ford beschäftigten Werkzeugmacher ging es in den letzten Jahren in Deutschland sehr schlecht. Er arbeitete unter anderem bei Siemens. Aber er behielt in größtem Verdruß und Elend immer seine, in seiner Vorstellung, ideale (nicht etwa kommunistische) Lebensauffassung und hatte ein stark ausgeprägtes Bedürfnis für Kameradschaft und Kollegialität! Das entbehrt er dort drüben vollständig und er schreibt u. a.: **„Dann dieses gewaltige Fabrikinstem, gewaltiger und schlimmer wie bei Siemens! Ein Rattern und Gekreische, Zischen und Pfeifen, kurzum ein Getöse, daß keiner sein eigenes Wort versteht! Da stehen Weiße und Schwarze, Gelbe und Braune zusammen. Ein Völkergemisch, wie in einer Rasse-Ausstellung."** In einem anderen Briefe: **„Hier treibt die Menschen nur ein Gedanke, die Jagd nach dem Dollar!! Zurzeit wird nur fünf Tage gearbeitet** (sonst immer 6 Tage), auch Peter (der bereits 1½ Jahr dort ist und schon längere Zeit 6 Tage arbeitet). Da hier im Distrikt Detroit und Umgegend Ford allein die Industrie beherrscht, **so sind alle Arbeiter eben auf Ford angewiesen!"**

Trotzdem hofft er bestimmt, seiner Familie, besonders seinen Kindern „eine glänzende Zukunft" bereiten zu können. Daß die gegenwärtige Kurzarbeit der Vorläufer, wenn nicht die direkte Einleitung einer ernsten Krise ist, die hereinbrechen und wachsen wird in dem Maße, wie die Konkurrenz an das Ford-Tempo herankommen, es erreichen und Ford die Ablaufmöglichkeiten beschneiden wird, das erkennt er noch nicht! Dann wird Ford mit den Arbeitern, die sich dort angesiedelt haben und „auf ihn angewiesen sind" umspringen, wie es ihm gerade notwendig erscheint, um den Vorsprung vor der Konkurrenz zu halten! Mit dem gegenwärtigen Verdienst wird es dann auch vorbei sein und die Ford-Arbeiter werden dann genau so um ihr Brot kämpfen müssen wie wir und erkennen, daß Ford derselbe Kapitalist ist wie Siemens, Borsig und Konsorten!

Da wir in Mitteldeutschland auch Opfer der Rationalisierung sind und in einer Woche die letzten unseres Betriebes das sinkende Schiff verlassen müssen, interessieren sich natürlich die Kollegen besonders für diesen Brief aus Amerika, und einige fragen erschreckt: „Was soll dann werden, wenn die ganze Welt amerikanisiert wird, dann sind ja die Hälfte Menschen überflüssig und kriegen keine Arbeit mehr!?" Worauf wir sie auf den Weg und das Ziel des revolutionären Kampfes weisen; durch Organisation, Einheit und Geschlossenheit im Klassenkampf zum Kommunismus!

Interessant an dem Brief ist neben der Erwähnung der Kurzarbeit, daß das System „schlimmer als bei Siemens" gekennzeichnet wird! Das will etwas heißen und das läßt die Vermutung aufkommen, daß die Studienkommission des ADGB. während ihrer Studien in Amerika offenbar eine rosa Brille getragen hat. Eri.

Die Rationalisierung und die Techniker

Die „Deutsche Techniker-Zeitung", das Organ des Bundes technischer Angestellter und Beamte (Butab), bringt lehrreiche Zahlen, aus denen hervorgeht, in wie starkem Maße die **Proletarisierung der technischen Berufe fortschreitet.** Zunächst ist festzustellen, daß im Verlauf der Krise eine immer wachsende Zahl von technischen Angestellten arbeitslos geworden ist. In den öffentlichen Arbeitsnachweisen lagen **im März 36 010 Stellengesuche** vor gegen 20 314 im Dezember vorigen Jahres. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der offenen Stellen nur von 845 auf 1126 vermehrt. Im Dezember kamen **auf eine offene Stelle 24 Arbeitsgesuche, im März jedoch 32.** Die gleichen Zahlen betrugen im März für Schlosser 22, Elektromonteure 19, kaufmännische Angestellte 19, Schmiede 16, Tischler 14, ungelernte Arbeiter 11, Bureauangestellte 10. Die technischen Angestellten leiden also erheblich mehr unter der Arbeitslosigkeit als die ihnen beruflich verwandten Kategorien der Arbeiter und die übrigen Angestellten. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Rationalisierung sich nicht zugunsten der Arbeiter und Angestellten auswirkt und besonders nicht zugunsten der qualifizierten Berufe.

Bezeichnend ist auch, daß die Mehrzahl der erwerbslosen Techniker, nämlich 53,9 Prozent, den höheren Altersklassen angehört. Ein so hoher Prozentsatz ist in keinem anderen Berufe zu verzeichnen. Hand in Hand mit der wachsenden Arbeitslosigkeit geht also auch ein Ersatz der älteren eingearbeiteten Kräfte durch jüngere und billigere. Ja, der billig arbeitende junge Techniker und Ingenieur verdrängt bis zu einem Grade sogar die qualifizierten älteren Arbeiter. Auf dem Verbandstag des Werkmeisterverbandes wurden Beispiele angeführt, wie ältere Werkmeister durch junge Ingenieure verdrängt werden.

Wirft man nun einen Blick auf **die weitere Zukunft der technischen Berufe,** so sind die Aussichten geradezu trostlos. An den **Technischen Hochschulen** ist geradezu eine Massenproduktion von technischen Kräften zu verzeichnen. Die Zahl der Studierenden betrug 1913/14 etwa 13 000, 1924/25 dagegen 22 500! Die Zahl der Chemie-Studenten an der Universität wuchs im gleichen Zeitraum von 890 auf etwa 2500, während die Zahl der Studenten überhaupt nahezu gleich geblieben ist. Die Hörsäle in den Technischen Hochschulen sind derart überfüllt, daß die Ausbildung sehr darunter leidet. Auch die technischen Fachschulen zeigen dieselbe Ueberfüllung. So hat sich z. B. die Zahl der Besucher bei den Maschinenbauschulen von 6805 im Wintersemester 1912/13 auf 10 859 im Wintersemester 1925/26 vermehrt. Dazu kommt noch der Zuwachs aus den technischen Privatschulen, aus den Sonderfachschulen, Kunstgewerbe- und ähnlichen Schulen.

Es ist ganz klar, daß dieser fortschreitende Zuwachs an technischen Kräften bei gleichzeitiger Produktionsverminderung eine sprunghaft gesteigerte Proletarisierung dieser qualifizierten Arbeitskräfte mit sich bringen muß. Sie wird sich auswirken in der Reduzierung der Gehälter und Verlängerung der Arbeitszeit, kurz gesagt, in der enormen Verschlechterung der Lebensbedingungen der technischen Angestellten. Der ganze Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung" wird gerade diesen bisher noch zu wenig klassenbewußten Schichten hinfällig vor Augen geführt. In der Epoche des kapitalistischen Niedergangs bringt der technische Fortschritt zugleich eine Lähmlegung und Vernichtung der qualifizierten Arbeitskraft mit sich. Erst in der **sozialistischen Gesellschaft** wird der technische Fortschritt zu einer Quelle des Wohlstandes für die Arbeitenden und auch für die arbeitenden Techniker. Die Techniker müssen daraus die Konsequenzen ziehen und diesen einzigen Ausweg, den Weg zum Sozialismus, Schulter an Schulter mit dem gesamten Proletariat erkämpfen.

Wer ist von der Beitragspflicht für die Erwerbslosenfürsorge befreit?

Am 31. März waren alle ausgesprochenen Befreiungen von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge erloschen, wenn nicht **bei der Krankenkassen erneute Befreiung** beantragt worden war. Die Beitragsfreiheit hat gewisse Voraussetzungen. Sie muß auf Antrag zugestanden werden für alle in der **Land- und Forstwirtschaft,** in der Binnen- und Küstenfischerei sowie in **häuslichen Diensten Beschäftigten,** wenn für das Arbeitsverhältnis ein schriftlicher Vertrag von **mindestens einjähriger Dauer** abgeschlossen worden ist oder das Verhältnis nur mit mindestens dreimonatiger Frist aufgekündigt werden kann. Der Vertrag muß dem Antrag auf Befreiung von der Beitragspflicht beigefügt sein. Regelt ein **Tarifvertrag** das Arbeitsverhältnis, dann muß dem Antrag bei der Krankenkasse eine schriftliche **Erklärung der Tarifkontrahenten** beiliegen, mit dem das Bestehen des Tarifvertrages bestätigt wird. Hausgehilfen und ländliches Gesinde sind von der Beitragspflicht befreit, wenn die Betreffenden zur Hausgemeinschaft gehören. Der Antrag an Beitragsbefreiung muß vom Familienvorstand mit unterschrieben sein. Aufwärterinnen, Tagemädchen usw., Hausgehilfen, die auch in Betrieben oder sonstigen Erwerbsgeschäften des Unternehmers mit tätig sind, haben keinen Anspruch auf Beitragsbefreiung. Dagegen sind beitragsfrei **alle Lehrlinge,** wenn ein Lehrvertrag von mindestens zweijähriger Dauer vorliegt. Die Beitragsfreiheit erlischt jedoch 6 Monate nach der Beendigung der Lehrzeit.

In allen Fällen ist ein Antrag auf Beitragsbefreiung und Vorlage der erwähnten tariflichen oder vertraglichen Bindungen erforderlich.

Durch Anordnung vom 9. Juni ist die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung auch auf die erwerbslosen „Arbeitnehmer des **Baugewerbes mit seinen Hilfsbetrieben und der Baustofferzeugung in allen Bezirken, in denen der Baumarkt bisher keine wesentliche Besserung gezeigt hat, auf 30 Wochen"** ausgedehnt worden.

Arbeitslos

Solange nun schon auf der Strecke
Und bitt're Not ist unser Gast,
Tritt ab, Prolete und verrecke,
Wenn Du noch keine Arbeit hast.

Schon wieder steht es in der Zeitung:
Durch Gas vergiftet — klein und groß.
Der Spießer spuckt: nichts von Bedeutung,
Der Kerl war eben arbeitslos!

Groß ist die Zahl der Arbeitslosen
Und groß der Jammer, Schmach und Not.
Man reicht Dir gönnerhaft Almosen,
Was eben langt fürs trockne Brot.

Bedarf ist überall vorhanden
Und doch läßt man nicht produzieren.
Es ist, als ob nur alte Tanten
Geschäfte und die Wirtschaft führen.

Willst schuften aber Du zwölf Stunden
Und mit drei Groschen Dich bescheiden,
Dann hast Du Arbeit bald gefunden,
Und kannst beim Schuften — Hunger leiden.

F. G.

Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten

Ueber den Stand der Notstandsarbeiten in Preußen wird dem Amtlichen Preußischen Pressedienst aus dem Preußischen Wohlfahrtsministerium mitgeteilt:

Bei Notstandsarbeiten waren in Preußen **Ende März 1926** zusammen rund **117 450 Hauptunterstützungsempfänger** beschäftigt. Da die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger am 31. März 1926 rund 1,2 Millionen betrug, so waren nach der genannten Ziffer zu diesem Zeitpunkt **rund 10 Prozent** der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Bei diesen Notstandsarbeiten werden voraussichtlich in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1926 insgesamt 12 700 000 Erwerbslosen-Tagewerke geleistet werden. Diese Tagewerke verteilen sich auf die verschiedenen Gruppen von Notstandsarbeiten wie folgt: Meliorationen 10 Prozent, Straßenbauten 50 Prozent, Sport- und Spielplätze 10 Prozent, Vorbereitung von Siedlungsgelände, Baustoffherstellung 5 Prozent, sonstige Tiefbauten 25 Prozent.

Diese Zahl der Notstandsarbeiter ist, obwohl die Arbeitslosigkeit stieg, bis zum 15. Mai auf 101 397 Notstandsarbeiter oder 8,6 Proz. **aller Hauptunterstützungsempfänger zurückgegangen. Das „vergißt" die preußische Regierung mitzuteilen.**

Moderner Sklavenhandel

Arbeitslose für die Landwirtschaft

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichsarbeitsministerium hat gemeinsam mit den Landesregierungen besondere Maßnahmen getroffen, um sicherzustellen (!), daß die Arbeitsgelegenheiten, die zurzeit vor allem die Landwirtschaft und andere Außenberufe bieten, auch vollständig ausgenutzt werden.

Man hat vor allem mit der Vermittlung **von Jugendlichen in die Landwirtschaft** verhältnismäßig gute Erfahrungen gemacht. Gleichzeitig wird alles getan, um die Arbeitsnachweisbehörden, die gegenwärtig fast völlig von den Aufgaben der Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen sind, instand zu setzen (!); möglichst alle sich bietenden Arbeitsgelegenheiten zu erfassen.

•

Es soll also wiederum, wie im Vorjahr, der moderne Sklavenhandel mit jugendlichen Arbeitern aufleben. Die Arbeitsnachweise sollen „instand gesetzt werden", **möglichst alle sich bietenden Arbeitsgelegenheiten zu erfassen.** Das heißt mit anderen Worten, daß man den Arbeitsnachweisen Machtmittel, wie z. B. Entziehung der Unterstützung usw. in die Hand geben wird, um etwaige Widerspenstige, die nicht bereit sein werden, ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit, sowie ihre letzte Kleidung für das Taschengeld von sieben Mark, für Kost und Logis an die sächsischen Junker zu verkaufen, zahm zu machen.

Im vorigen Jahr sind 20 000 Arbeiter, meist Jugendliche, an die Landwirtschaft vermittelt worden. Und besonders mit den Jugendlichen hat man „gute Erfahrungen" gemacht. Das heißt: gewerkschaftlich unorganisiert haben sich die Jugendlichen dazu hergegeben, **bei schlechter Schlafgelegenheit und geringer Entlohnung täglich 10 bis 14 Stunden zu arbeiten.** Was natürlich zur Folge hat, daß die Nachfrage nach solchen Ausbeutungsobjekten in diesem Jahr steigen wird, und daß man, falls sich nicht genügend melden werden, sich diese durch Zwangsmaßnahmen zu verschaffen sucht. Das ist der erste Schritt zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Dagegen müssen sich die jugendlichen Arbeiter zur Wehr setzen. Hinein in die Gewerkschaften!

Fort mit der Regierung, die den monarchistischen Sklavenhaltern die Hand zur Hilfe reicht!

Das Elend auf der Landstraße

(Arbeiterkorrespondenz)

Die von Dresden kommende und über Biehla nach Berlin führende Landstraße dürfte in letzter Zeit als eine sehr belebte Straße anzusprechen sein. Die besitzende Klasse saust natürlich nur im Auto auf ihr dahin, die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aber benutzen sie scharenweise zu Fuß. Die Bewohner der Berliner Straße können die ins Elend getriebenen Proletarier täglich beobachten. Nicht nur einzelne, sondern ganze Familien wandern vorüber. So wanderten kürzlich zwei erwerbslose Familienväter mit ihren Frauen und Kindern durch den Ort. Einer der Väter zog einen kleinen Handwagen, worauf er das wenige, was er noch sein Eigentum nannte, geladen hatte. Ein vielleicht dreijähriges Kind wurde von der Mutter getragen, der anderen Frau sah man an, daß sie ihre baldige Niederkunft zu erwarten hatte. An demselben Tage gingen zwei weitere Erwerbslose von Haus zu Haus, um durch Singen ein paar Brocken für den hungrigen Magen zu erbetteln.

Bei solchen Gelegenheiten beobachtet man, daß immer diejenigen, die selbst ein klägliches Leben führen, ihr Scherflein geben. Bei den „armen Fabrikbesitzern", wie z. B. bei Fahrradfabrik Reichenbach oder den Schraubenfabriken Lacmann und Winter, sprechen die Erwerbslosen schon gar nicht mehr an. In diesen Fabriken herrschen, nebenbei bemerkt, geradezu tolle Zustände, die ihre Beseitigung erst finden werden, wenn die Arbeiterschaft ein geschlossenes Ganzes bildet. Die Erwerbslosen der Landstraße gehören mit in die Front!

Arbeitslose Metallarbeiter!

Ihr seid die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Ihr seid verurteilt, die Kosten der Rationalisierung zu tragen, die von den ADGB.-Führern unterstützt wird.

In Eurem eigenen Interesse

liegt es, mitzuhelfen, daß die Gewerkschaftspolitik im Sinne des Klassenkampfes umgestellt und der Metallarbeiterverband zu einer schlagkräftigen Machtorganisation gemacht wird. Darum

Mann für Mann

müßt Ihr agitieren und werben, damit jeder erwerbslose und noch im Betrieb stehende Metallarbeiter

am Sonntag, dem 27. Juni, zur Wahl geht und seine Stimme abgibt und

wählt die Liste der Opposition!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0008

Der Generalstreik in Großbritannien und die Ereignisse in Polen

Von J. Stalin

Wortlaut der Rede in der Versammlung der Eisenbahnhauptwerkstätte in Tiflis am 8. Juni

(Schluß)

Die Lehren des Generalstreiks

Was sind die Lehren des Generalstreiks in England, zumindest die wichtigsten von ihnen? Diese Lehren laufen auf folgendes hinaus:

Erstens: Die Krise im Kohlenbergbau in England und der damit in Zusammenhang stehende Generalstreik stellen die Frage der Sozialisierung der Produktionsmittel im Kohlenbergbau **unter Errichtung der Arbeiterkontrolle auf des Messers Schneide.** Dies ist eine Frage der Eroberung des Sozialismus. Es ist kaum notwendig, zu beweisen, daß es andere Wege zur gründlichen Lösung der Krise im Kohlenbergbau nicht gibt und nicht geben kann, als den Weg, den die Kommunistische Partei Englands vorschlägt. Die Krise des Kohlenbergbaus und der Generalstreik führen die englische Arbeiterklasse ganz dicht an die Frage der praktischen Verwirklichung des Sozialismus heran.

Zweitens: Die englische Arbeiterklasse mußte am eigenen Leibe erfahren, daß das Haupthindernis auf dem Wege zum Ziele die politische Macht der Kapitalisten ist, im gegebenen Falle die Konservative Partei und ihre Regierung. Wenn sich der Generalrat wie vor der Pest davor fürchtete, den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Kampfe und dem politischen Kampfe zuzugeben, so müssen die englischen Arbeiter jetzt verstehen, daß die Machtfrage in ihrem schweren Kampfe gegen das organisierte Kapital jetzt die Hauptfrage ist, daß es unmöglich ist, **ohne eine Lösung der Machtfrage die Krise des Kohlenbergbaues noch überhaupt die Krise in der ganzen Industrie Englands zu lösen.**

Drittens: Der Verlauf und der Ausgang des Generalstreiks müssen die Arbeiterklasse Englands davon überzeugen, daß das Parlament, die Verfassung, der König und andere Attribute der bürgerlichen Macht nichts anderes sind, als ein gegen das Proletariat gerichteter Schutzschild der Kapitalistenklasse. Der Streik hat die Mantel des Fetisch und des unberührbaren Heiligtums sowohl dem Parlament wie auch der Verfassung genommen. Die Arbeiter werden begreifen, daß die jetzige Verfassung eine Waffe für die Bourgeoisie ist, gerichtet gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiter müssen begreifen, daß sie gleichfalls ihre Arbeiterverfassung als Waffe gegen die Bourgeoisie benötigen. Ich glaube, daß die Aneignung dieser Wahrheit für die Arbeiterklasse Englands ihre wichtigste Errungenschaft ist.

Viertens: Der Verlauf und der Ausgang des Streiks müssen der Arbeitermassen Englands von der Untauglichkeit der alten Führer überzeugen, die in der Schule der alten englischen Kompromißpolitik herangewachsen sind. Sie müssen begreifen, daß die alten Führer durch neue revolutionäre Führer ersetzt werden müssen.

Fünftens: Die englischen Arbeiter müssen jetzt begreifen, daß die Bergarbeiter Englands eine vorgeschrittene Abteilung der Arbeiterklasse Englands sind, daß die Unterstützung des Streiks der Bergarbeiter und die Sicherung ihres Sieges also eine Sache der gesamten Arbeiterklasse Englands sind. Der ganze Verlauf des Streiks diktiert der Arbeiterklasse Englands die unbedingte Unabänderlichkeit dieser Lehre.

Sechstens: Die englischen Arbeiter mußten sich in dem schwierigen Augenblick des Generalstreiks, als sich die Plattformen und die Programme der verschiedenen Parteien an den Tatsachen erprobten, davon überzeugen, daß die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse bis zum letzten kühn und entschlossen wahren kann, die Partei der Kommunisten ist.

Dies sind im allgemeinen die Hauptlehren des Generalstreiks in England.

Einige Schlußfolgerungen

Ich gehe zu einigen Schlußfolgerungen über, die praktische Bedeutung haben.

Die erste Frage ist die Frage der Stabilisierung des Kapitals. Der Streik in England hat gezeigt, daß der Beschluß der Kommunistischen Internationale über den vorübergehenden und unbeständigen Charakter der Stabilisierung völlig richtig ist. Der Ueberfall des englischen Kapitals auf die Bergleute Englands ist ein Versuch, die vorübergehende, unbeständige Stabilisierung in eine dauerhafte und ständige Stabilisierung zu verwandeln. Dieser Versuch war nicht von Erfolg gekrönt und konnte es auch nicht sein. Die englischen Arbeiter, die auf diesen Versuch mit einem gewaltigen Streik geantwortet haben, haben der ganzen kapitalistischen Welt gezeigt, daß eine dauerhafte Stabilisierung des Kapitalismus unter den Verhältnissen der Nachkriegszeit unmöglich ist, daß Experimente in der Art des englischen den Keim der Zerstörung der Grundlagen des Kapitalismus in sich tragen.

Wenn aber die Annahme der Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung falsch ist, so ist die entgegengesetzte Annahme, daß die Stabilisierung vorbei sei, daß sie erledigt sei und daß wir jetzt in einen Zeitabschnitt höchsten Aufschwungs revolutionärer Stürme eingetreten seien, ebenso falsch. Die englische Stabilisierung des Kapitalismus besteht weiter: sie ist eine vorübergehende, eine unbeständige, aber doch eine Stabilisierung.

Ferner: Gerade deshalb, weil die jetzige vorübergehende, unbeständige Stabilisierung doch noch weiter besteht, gerade deshalb wird sich das Kapital bemühen, die Arbeiterklasse anzugreifen. Natürlich muß die Lehre des englischen Streiks der gesamten kapitalistischen Welt zeigen, wie sehr ein Experiment von der Art, wie es die Konservative Partei in England unternommen hat, für das Kapital lebensgefährlich ist. Daß das Experiment für die Konservative Partei nicht spurlos vorbeigehen wird, daran kann kaum gezweifelt werden. Man kann auch nicht daran zweifeln, daß diese Lehre von den Kapitalisten aller Länder berücksichtigt werden wird. Trotzdem wird sich das Kapital bemühen, einen neuen Angriff auf die Arbeiterklasse zu unternehmen, denn es fühlt sich unsicher und muß das Bedürfnis empfinden, sich beständiger einzurichten.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Parteien besteht darin, auch in Zukunft die Organisierung der Einheitsfront der Arbeiter fortzusetzen und dabei alle Kräfte darauf zu richten, die Angriffe der Kapitalisten in einen Gegenangriff der Arbeiterklasse zu verwandeln, in einen revolutionären Angriff der Arbeiterklasse, in einen Kampf der Arbeiterklasse um die Errichtung der Diktatur des Proletariats und um die Beseitigung des Kapitalismus.

Schließlich muß sich die Arbeiterklasse Englands, um diese dringenden Aufgaben erfüllen zu können, von ihren jetzigen Führern befreien. Man kann nicht in einen Krieg gegen die Kapitalisten gehen, wenn man solche Führer hat, wie **Thomas** und **Macdonald.** Man kann nicht auf einen Sieg hoffen, wenn man schon solche Verräter im Rücken hat, wie **Henderson** und **Clynes.** Die Arbeiterklasse Englands muß lernen, solche Führer zu verjagen, denn eines von beiden: entweder wird die Arbeiterklasse Englands lernen die Thomas und Macdonald zu verjagen, oder sie wird nie siegen.

Das, Genossen, sind einige Schlußfolgerungen, die sich von selbst ergeben.

Jetzt gestatten Sie mir, zur Frage der Ereignisse in Polen überzugehen.

Ueber die letzten Ereignisse in Polen

Es besteht die Ansicht, daß die von **Pilsudski** geleitete Bewegung eine revolutionäre Bewegung sei. Man sagt, daß Pilsudski für die Sache der Revolution in Polen einträte, für die Bauernschaft gegen die Großgrundbesitzer, für die Arbeiter gegen die Kapitalisten, für die Freiheit der unterdrückten Nationalitäten Polens gegen den polnischen Chauvinismus und Faschismus. Man sagt, daß Pilsudski es daher verdiene, daß ihn die Kommunisten unterstützen.

Dies ist völlig unrichtig, Genossen!

In der Tat geht jetzt in Polen ein Kampf zweier Fraktionen der Bourgeoisie vor sich — einer kleinbürgerlichen Fraktion und einer großbürgerlichen Fraktion —, ein Kampf, der die Festigung, die Stabilisierung des bürgerlichen Staates zum Ziele hat, und nicht den Schutz der Interessen der Arbeiter und Bauern, der Interessen der unterdrückten Nationalitäten.

Es handelt sich darum, daß der polnische Staat in eine Phase völliger Zersetzung eingetreten ist. Das Finanzwesen fliegt auf. Der Zloty fällt. Die Industrie ist gelähmt. Die nichtpolnischen Nationalitäten werden unterdrückt. Und oben in den Kreisen, die den herrschenden Schichten nahestehen, herrscht ein Bacchanal von Unterschlagungen, wie dies von den Vertretern aller Sejmfraktionen ganz ungescheut gesagt wird. Im Zusammenhange damit stehen die bürgerlichen Klassen vor dem Dilemma: **Entweder** wird die Zersetzung des Staates so weit gehen, daß sie den Arbeitern und Bauern die Augen öffnet und sie zur Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der Macht gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten treiben wird, **oder** die Bourgeoisie muß sich beeilen, den Verfall zu beendigen das Bacchanal der Unterschlagungen zu beseitigen, um auf diese Weise den wahrscheinlichen Ausbruch der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern zu verhüten, ehe es zu spät ist.

Es handelt sich jetzt darum, welche von den Fraktionen der Bourgeoisie sich an die Stabilisierung des polnischen Staates machen soll, die Fraktion **Pilsudkis** oder die Fraktion der Leute aus **Posen?** Ohne Zweifel verbinden Arbeiter und Bauern mit dem Kampfe Pilsudkis Hoffnungen auf eine gründliche Besserung ihrer Lage. Ohne Zweifel unterstützen gerade deshalb die Oberschichten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in dieser oder jener Weise den Kampf Pilsudkis als des Vertreters der kleinbürgerlichen und kleinadligen Schichten, gegen die Leute von Posen, die die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer vertreten. Aber unzweifelhaft werden die Hoffnungen einiger Schichten der werktätigen Klassen Polens gegenwärtig nicht für die Revolution benützt, sondern für die Festigung des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Ordnung.

Hier spielen natürlich auch einige auswärtige Faktoren mit. Polen ist ein kleiner Staat. Polen, das bürgerliche Polen, ist in finanzieller Beziehung mit gewissen Kreisen der Entente verbunden. Es, das bürgerliche Polen, kann natürlich bei dem jetzigen kläglichen Zustand seiner Finanzen nicht ohne äußere Anleihen auskommen. Aber die sogenannten Großmächte können nicht einen Staat finanzieren, dessen leitende Kreise einstimmig **ein Bacchanal von Unterschlagungen auf der ganzen Linie der Staatsverwaltung** feststellen. Um Anleihen zu erreichen, muß man vor allem die Staatsverwaltung „verbessern", das Bacchanal der Unterschlagungen beenden, eine gewisse Bürgschaft dafür schaffen, daß die Zinsen für die Anleihen bezahlt werden usw. Daher die Notwendigkeit der „Rationalisierung" des polnischen Staates.

Dies sind im Grundlegenden die inneren und äußeren Voraussetzungen, die den jetzigen Kampf der beiden bürgerlichen Hauptfraktionen Polens bestimmt haben.

Polen zeigt gegenwärtig eine Reihe von gründlichen Widersprüchen, die dadurch, daß sie sich weiter entwickeln, in Polen unvermeidlich eine unmittelbare revolutionäre Lage schaffen müssen.

Diese Widersprüche bewegen sich auf drei Hauptlinien: auf der Linie der Arbeiterfrage, auf der Linie der Bauernfrage, auf der Linie der nationalen Frage. Alle diese Widersprüche können unverzüglich zutage treten und einen Ausbruch hervorrufen, wenn Polen sich auf ein Kriegsabenteuer einläßt, wenn es nicht imstande sein wird, gutnachbarliche Beziehungen mit den es umgebenden Staaten herzustellen.

Kann **Pilsudski,** kann die bunte Gruppe Pilsudskis diese Widersprüche lösen? Kann diese kleinbürgerliche Gruppe die Arbeiterfrage lösen? Nein, sie kann sie nicht lösen, denn sie muß dann in einen gründlichen Konflikt mit der Kapitalistenklasse eintreten, was sie nicht kann und was sie keinesfalls tun wird, wenn sie sich nicht der finanziellen Unterstützung seitens der Großmächte berauben will. Kann sie, diese Gruppe, die Bauernfrage im Sinne beispielsweise einer Beschlagnahme des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer lösen? Nein, sie kann nicht und sie wird es nicht tun, wenn sie nicht in die kommandierenden Schichten des Heeres Pilsudskis, die ganz und gar aus kleinen und mittleren Grundbesitzern besteht, volle Zersetzung hineintragen will. Kann sie, diese Gruppe, die nationale Frage in Polen im Sinne der Gewährung des nationalen Selbstbestimmungsrechts an die unterdrückten Nationen, die Ukrainer, die Litauer, die Weißrussen usw. lösen? Nein, sie kann es nicht und sie wird es nicht tun, wenn sie sich nicht jeglichen Vertrauens in den Augen jener großpolnischen Chauvinisten und Faschisten berauben will, die die Hauptquelle des moralischen Daseins der Pilsudski-Gruppe bilden.

Was verbleibt also in einem solchen Falle?

Es verbleibt eines: Nachdem man **in militärischer** Beziehung die Fraktion des Großbürgertums besiegt hat, sich politisch dieser gleichen Fraktion unterordnen und sich an ihre Rockschöße klammern, **wenn** natürlich die Arbeiterklasse Polens und der revolutionäre Teil der Bauernschaft sich nicht in der nächsten Zeit an die revolutionäre Umgestaltung des polnischen Staates machen und beide Fraktionen der polnischen Bourgeoisie sowohl die Fraktion Pilsudski wie auch die Fraktion der Leute von Posen verjagen werden.

Im Zusammenhange damit steht die Frage der Haltung der **Kommunistischen Partei Polens.** Wie konnte es geschehen, daß die revolutionäre Unzufriedenheit eines beträchtlichen Teiles der Arbeiter und Bauern in Polen Wasser auf die Mühle Pilsudskis und nicht der Kommunistischen Partei Polens trieb? Dies geschah unter anderem deshalb, weil die Kommunistische Partei Polens schwach, äußerst schwach ist, daß sie sich in dem vor sich gehenden Kampf durch ihre unrichtige Stellungnahme gegenüber den Truppen Pilsudskis noch mehr geschwächt hat, daß sie angesichts all dessen nicht an die Spitze der revolutionär gestimmten Massen treten konnte. Vor kurzem las ich in unserer Sowjetpresse einen Artikel des Genossen **Thälmann,** Mitglied des ZK der **Kommunistischen Partei Deutschlands.** Genosse Thälmann behandelt in diesem Artikel die Stellung der polnischen Kommunisten, die seinerzeit die Losung der Unterstützung der Truppen Pilsudskis aufgestellt haben, und kritisiert diese Stellungnahme als unrevolutionär. Ich muß leider zugeben, daß die Kritik des Genossen Thälmann unbedingt richtig ist. Ich muß zugeben, daß unsere polnischen Genossen in diesem Falle einen sehr groben Fehler begangen haben.

Das ist alles, was ich Ihnen über die Ereignisse in England, im Zusammenhang mit dem Streik und über die letzten Ereignisse in Polen mitteilen wollte. (Stürmischer Beifall.)

Aus dem Reichstag und den Reichstagsausschüssen

Zolldebatten

In der Reichstagssitzung vom 23. Juni kommt es bei der Beratung des **Schweidlicher Handels- und Schiffahrtsvertrages** zu einer Zolldebatte, in der zuerst **Hilferding** (SPD.) darauf hinweist, daß die in diesem Vertrag vorgesehenen Zollsätze über die Höchstsätze hinausgehen, die jemals in Deutschland bestanden hätten. Genosse **Hoernle** (KPD.) weist darauf hin, daß die hohen Zölle, die im vorigen Jahre beschlossen wurden, einen großen Teil Schuld an der **Absatzkrise** tragen. Man könne mit der Hochschutzzollpolitik zwar die **Lage der Verbraucher verschlechtern, aber nicht die Lage der kleineren und mittleren Landwirtschaft bessern.** — In namentlicher Abstimmung wird dann der Vertrag mit 221 gegen 158 Stimmen angenommen. Die dritte Lesung wird durch Mehrheitsbeschluß abgesetzt.

Abbau der Sozialversicherung

Nach den Zolldebatten folgt eine Aussprache über eine **Novelle zur Reichsversicherungsordnung,** in der der Genosse **Tiedt** (KPD.) das Wort ergreift. Er weist nach, daß die neue Novelle den Kinderzuschuß für die Invaliden statt bis zum 18. Lebensjahr nur bis zum 15. Lebensjahr gewährt. Als man im vorigen Jahre den Kinderzuschuß von 36 auf 90 Mark im Jahre erhöhte, hat man dies als eine große soziale Tat gepriesen, obwohl diese Erhöhungen nur einem kleinen Teil der Invaliden zugebilligt wurden, nämlich denen, **deren Rente nach dem 1. August festgesetzt worden ist.** Als damals gefordert wurde, diesen Kinderzuschuß auf alle Invaliden auszudehnen, hat sich die Regierung im Prinzip damit einverstanden erklärt, und nun liegt das Resultat vor. **Durch Streichung von drei Jahren gewährt man zwar 90 Mark pro Jahr an die Kinder der Invaliden, aber nur bis zum 15. Lebensjahr.** Man will zwar diese 90 Mark bis zum 18. bzw. 21. Jahre gewähren, wenn die betreffenden Jugendlichen noch in der Ausbildung begriffen sind. Das kommt aber in den seltensten Fällen vor. **Die Invaliden sind nicht in der Lage, ihre Kinder bis zu dem Alter ausbilden zu lassen.** Das können nur die Vermögenden tun. Was bei den Invaliden der Fall ist, das will man auch mit den Kindern der Witwen machen. Der Redner fragt, wo das Vermögen der **Invalidenversicherung** aus dem Jahre 1913 in Höhe von 2 Milliarden geblieben ist? Es ist als Kredit an die Großindustrie verschleudert worden, ohne daß bis heute ein Pfennig Zinsen hiervon eingekommen.

Nachdem die Abgeordnete Schröder (SPD.) noch die Streichung einer Bestimmung gefordert hat, die den Verlust der Rente bei einem monatlichen Arbeitsverdienst von 15 Mark festsetzt, wird dieser Antrag in namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 151 abgelehnt und **der Gesetzentwurf angenommen.**

Um das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Im Ausschuß für Bevölkerungspolitik wurden gestern die Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fortgesetzt. Der Gesetzentwurf sichert für die Behandlung von Geschlechtskrankheiten der **Schulmedizin eine absolute Monopolstellung zu,** die zwangsläufig **zur allgemeinen Salvarsanbehandlung** führen muß. Die Kommunisten, die für eine Befreiung vom Zwang der Salvarsanbehandlung eintreten, ohne sich grundsätzlich gegen diese Art der Behandlung zu erklären, verlangten in einem Antrag, die Behandlung von Geschlechtskrankheiten auch solchen **Heilkundigen** zu gestatten, die nach Ablegung einer Prüfung den Befähigungsnachweis für die Behandlung der Geschlechtskrankheiten erbracht haben. **Dieser Antrag wurde abgelehnt.** Des weiteren wurde abgelehnt ein von den Kommunisten eingebrachter Eventualantrag, wenigstens die Behandlung der allgemeinen Frauenleiden nach den Methoden und mit den Heilmitteln der Naturheilkunde zu gestatten, falls die Erkrankten eine solche Behandlung wünschen. **Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt.** Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, nach dem die nichtansteckenden Krankheiten von der Zwangsbehandlung ausgenommen sein sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0009

Faschistisches Waffenlager in Solingen

Unser Solinger Bruderblatt, die „Bergische Volksstimme“, veröffentlicht die Aussage eines früher in der Solinger Fa. Heinrich Kaufmann und Söhne beschäftigten Arbeiters, aus der hervorgeht, daß sich in einem Zimmer dieses Betriebes in einer Türnische hinter Säcken versteckt ein Waffenlager befindet. Es handelt sich um drei Armeepistolen mit 200 Schuß Munition, 600 Patronen für Infanteriegewehre, Modell 98, und eine größere Zahl von Seitengewehren. Die Infanteriegewehrmunition läßt darauf schließen, daß an anderer Stelle auch noch ein Reihe Infanteriegewehre verborgen gehalten werden.

Dieser Solinger Fall ist nicht der einzige. In allen großen Betrieben befinden sich solche Waffenlager, die von den Unternehmern für die kommenden Zeiten, insbesondere für den Fall eines Staatsstreichs aufbewahrt werden, in dem die berüchtigte Notverfassung in Kraft treten soll, nach der jeder Streikende erschossen wird.

Die Hilfsaktion in der UdSSR. erlahmt nicht

Moskau, 19. Juni. (Inprekorr.) In der gesamten Sowjetunion dauern die Geldsammlungen für die britischen Bergarbeiter mit dem größten Erfolge an, zu dem die Note der britischen Regierung und die Hetze gegen die Gewerkschaften in Großbritannien sowie die Unbeugsamkeit der britischen Bergarbeiter noch mehr beitrugen.

Auf dem heute eröffneten Plenum des ZK. des **Landarbeiterverbandes** der Sowjetunion wurde ein **Dankschreiben** der britischen Landarbeiter, gezeichnet vom Generalsekretär Wocker, für die Geldunterstützung durch die Sowjetgewerkschaften während des Generalstreiks verlesen. Wocker schreibt, daß die britischen Arbeitermassen diese Unterstützung zu schätzen wissen und bittet, alles Mögliche aufzubieten, um die Geldunterstützung des Bergarbeiterkampfes dauernd zu gestalten. Das Plenum beschloß, die Geldhilfe für die Bergarbeiter fortzusetzen, und an die Bruderorganisationen in den anderen Ländern die gleiche Aufforderung zu richten.

Blutige Zusammenstöße in Polen

Nach Blättermeldungen aus Warschau kam es gestern in Gostynen in Kongreß-Polen zu blutigen Zusammenstößen zwischen einer Volksmenge und der Polizei. Auf dem Wochenmarkt wurde eine Frau von einem Polizisten verhaftet, weil sie sich den polizeilichen Anordnungen nicht fügen wollte. (?) Als sie schrie, daß der Polizeibeamte sie geschlagen habe, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die das Polizeikommissariat, in dem sich Waffen und Munition befinden, zu stürmen versuchte. Der Polizeikommissar gab darauf seinen Beamten den Befehl, auf die Menge zu schießen. Die Beamten gaben drei Salven ab, wodurch, nach Mitteilung des Warschauer sozialdemokratischen Blattes „Robotnik“, **drei Personen getötet und sieben verwundet wurden.**

Krise im Zentrum

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtm.)

In der Zentrumsfraktion konnte bei der Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden keine Einigung zwischen den beiden Flügeln herbeigeführt werden. Die Nichtbefolgung der offiziellen Parteiparole des Zentrums beim Volksentscheid durch den größten Teil der Zentrumswähler hat die Gegensätze innerhalb der Zentrumspartei und ihrer Führung nur noch verschärft. Man überließ als Provisorium vorläufig dem Herrn Marx den Vorsitz und übertrug die Geschäftsführung den beiden großen Gegnern Stegerwald und Guerard.

Neues vom Tage

Die Technische Nothilfe eingesetzt

Halle. Die Hochwasserkatastrophe hat bereits an verschiedenen Plätzen zum Einsatz der Technischen Nothilfe geführt, so in Mücheln bei Merseburg, in Kamenz bei Bautzen, in Neiße (Schlesien), in Dresden, im Kreise Liebenwerda sowie in Cottbus; die Hilfeleistung bestand im Auspumpen von Kellerräumen, in Bergungs- und Deichstützungsarbeiten. — In Dresden wurde auf Veranlassung der Wohlfahrtspolizei das Marienbad geborgen. — In Cottbus und Umgebung waren am 18. zweihundert, am 19. noch sechzig Nothelfer an den verschiedenen Stellen tätig.

Wittenberg a. d. E. Der Wasserstand der Elbe am Wittenberger Pegel betrug am Dienstag, 7 Uhr morgens, 4,92 Meter.

Schweres Explosionsunglück

Cöthen. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich Dienstag mittag in einer hiesigen Maschinenfabrik. Zwischen den Rotgußteilen, die mehrere Arbeiter aussuchten, befand sich ein italienischer Granatzünder aus der Kriegszeit, wurde jedoch von den Arbeitern nicht erkannt und explodierte. Zwei Arbeiter wurden sehr schwer, mehrere leichter verletzt. Es bedarf noch der Feststellung, wie der Zünder zwischen die Rotgußteile gelangte.

Hochwasser im Odergebiet

Stettin, 22. Juni. Die neue Hochwasserwelle der Oder droht jetzt auch dem bisher vom Hochwasser weniger betroffenen Gebiet der unteren Oder bei Stettin gefährlich zu werden. Die Oderortschaften von Schwedt abwärts sind, da das Wasser nur noch einen Fuß unter den Deichen steht, sehr bedroht. Die Schleusen in das Wiesengelände mußten bereits geöffnet werden. In den Oderdörfern oberhalb Stettins reicht das Wasser bis in die Vorgärten der tiefer gelegenen Ortsteile. Das Weisser steigt noch. Viele Gewitter mit starken Regengüssen erhöhen die Ueberschwemmungsgefahr.

Die Fleischvergiftung in Kalkberge-Rüdersdorf

Wie die Blätter zu den Fleischvergiftungen in Kalkberge-Rüdersdorf mitteilen, sind nach den amtlichen Feststellungen insgesamt 124 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Bei allen Erkrankten besteht keine Lebensgefahr. Die bakteriologische Untersuchung des Fleisches, von dem die Erkrankten gegessen hatten, ergab, daß darin der sogenannte Gärtner-Bazillus, der zur Paratyphusgruppe gehört, gefunden wurde. Seitens der Sanitätspolizei sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit, die sich vor allem durch starken Brechdurchfall bemerkbar macht, zu verhindern.

Mühlenbrand in Stargard

In der Stadtmühle in Stargard entstand ein Brand, der das gesamte aus Fachwerk erbaute Mühlenanwesen mit Maschinenraum und Speicher einäscherte. Der Brand, der in den aufgespeicherten Korn- und Mehlvorräten reichhaltige Nahrung fand, griff schnell auf mehrere Schuppen und Nachbarhäuser über. Nur der herrschenden Windstille und den Anstrengungen der Feuerwehr war es zu danken, daß nicht die ganze Altstadt ein Opfer der Flammen wurde.

Hungerkünstler Jolly verhaftet

Berlin, 22. Juni. Der Hungerkünstler Siegfried Herz, genannt Jolly, der beschuldigt wird, während seiner Schaustellung zehn Pfund Schokolade zu sich genommen zu haben, ist heute in Untersuchungshaft genommen worden. Er bestreitet, sich eines Betrugs schuldig gemacht zu haben. Die Anzeige sei auf einen Racheakt zurückzuführen.

Abschluß des dänischen Weltfluges

Kopenhagen, 23. Juni. Fliegerhauptmann Botved ist auf dem Rückfluge von Tokio um 7.45 Uhr abends hier gelandet. Die Strecke Tokio—Kopenhagen ist in neun Tagen durchflogen worden.

Zugzusammenstoß in der Tschechoslowakei

St. Martin, 22. Juni. (Slowakei.) Heute mittag stieß infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 27 Personen verletzt. Getötet wurde niemand.

Arbeiter, erscheint in Massen!

Panzerkreuzer Potemkin

Thalia-Säle: Aufführungen täglich $4^1/_2$, $6^1/_2$ und $8^1/_2$ Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Halle, Harz 42/44

Am Sonntag, dem 27. Juni 1926 findet in den nachstehend bezeichneten Lokalen die

Wahl eines Delegierten zur 17. ordentlichen Generalversammlung in Bremen

statt. Die Wahlhandlung beginnt vormittags 10 Uhr und endet nachmittags 4 Uhr. Für die Wahlhandlung sind folgende Lokale bestimmt:

1. „Volkspark“, Burgstr. 2. Gewerkschaftshaus, Harz 42/44 (Bureau) 3. Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14. 4. Loeits Hof, Merseburger Straße, Ecke Schlosserstraße 5. Pätzoldts Restaurant, Freiimfelder Straße 17. 6. Ammendorf: Gasthof „Kaiserial“. 7. Rietleben, Passendorf, Zöllau und Zscherben: Gasthaus „Zur Sonne“, Rietleben. 8. Canena und Umgegend: Wenkels Gasthof. 9. Döllnitz u. Wörmlitz: Restaur. Karschenbach, Wörmlitz. 10. Landsberg: Gasthof „Zum deutschen Haus“

Die Verbandskollegen werden hiermit zu reger Wahlbeteiligung aufgefordert. Wahlberechtigt sind jedoch nur die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind nach § 8 des Statuts.

Ohne Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes darf niemand wählen.

2380

Die Ortsverwaltung des DMV.

Tausende Zöpfe
Stück von 3 Mk. an
Alle Ersatzteile billigst
Damen-Kopfwäsche 1,00 mit Sch. 1,50 Mk.
Zopf-Siebert
33 Leipziger Str. 33

Prima jung. fettes Mastroßfleisch und alles andere R. geloch. Schinken empfiehlt
Max Frommelt
751 Zeitz Parzellenstr. 15

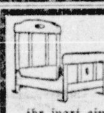
Moderne Kinderwagen
Klappwagen
Stubenwagen
Kinderbetten
Kinderstühle
Selbstfahrer
Riesenauswahl
Billigste Preise!
evtl. Zahlungserleichterungen
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstraße 5
1 Min. v. Markt

Fahrrad-Bereifung
billiger

Mäntel von 2,75 Mark an
Schläuche von 1,25 Mark an
sowie sämtliche Ersatzteile
in den jahrelang bekannten Qualitäten 2379
Spezialgeschäft
Gummi-Bieder
Gr. Steinstraße (Marktnähe)

752
Achtung!
Diese Woche sehr fettes Mastfleisch
Rouladen, Schmer, Fett, hochfeine Bockwürstchen, Zungen,
Donnerstag u. Sonnab. ff. warme Würstchen
Dix Nachf., Zeitz, Scharrenstr.

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung!



Kauft direkt von der Fabrik, ihr spart ein Vermögen.
Bequemste Zahlungsbedingungen!

Metallbetten	v. 19 M	an
Holzbetten	v. 25 „	an
Kinderbetten	v. 19 „	an
Auflegematratzen	v. 13 „	an
Stahldrahtmatratzen	v. 12 „	an
Chaiselongues	v. 35 „	an
Federbetten, 7 Pfd. Federn	v. 27 „	an
Reformunterbetten	v. 18 „	an
Kleiderschränke 2türig	v. 65 „	an
Küchen, alle Farben		sehr
Komplette Schlafzimmer		billig

10 % Rabatt bei Barzahlung
Fabriklager:
Halle a. S., Leipziger Str. 18
Hinterhaus, kein Laden
Vertreter: Bernhard Schormann
Zeitz, Judenstraße 2, Th. Janotsch

Morgen Freitag Schlachtefest
Von 9 Uhr an: Wellfleisch
B. Kühlewind, Schwetschkestr. 28
Todesurteil bringt Riesolda

Möbel auf Teilzahlung!
Ein Sonder-Angebot!
Eichmann & Co., Große Ulrichstraße 51
Eingang Schulstraße

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Zeitz

Am Sonntag, dem 27. Juni, findet in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr die

Wahl eines Delegierten zum Verbandstag in Bremen

in folgenden Wahllokalen statt:

Zeitz: Restaurant „Gute Quelle“ Schützenstraße, Restaurant „Gewerkschaftsherberge“, Scharrenstraße, Restaurant „Stephanschänke“, Stephanstr., Restaurant „Stadt Leipzig“, Leipziger Straße;
Rasberg: Gasthof „Zum Adler“ in Rasberg;
Bezirk Kretzschau, Döschwitz und Dronzig: Gasthof „Börner“ in Kretzschau;
Bezirk Bornitz, Predel u. Umg.: Gasthof „Franz“ in Draschwitz;
Bezirk Theißen, Naundorf u. Umg.: Gasthof „Zum blauen Stern“ in Theißen;
Bezirk Luckenau, Trebnitz u. Umg.: Gasthof „Luckenau“ in Luckenau;
Bezirk Teuchern u. Umg.: Gasthof „Zum grünen Baum“ in Teuchern;
Bezirk Hohenmölsen, Wildschütz u. Umg.: Hotel „Zum Löwen“ in Hohenmölsen.

Ohne Mitgliedsbuch kann nicht gewählt werden. Wir ersuchen unsere Mitglieder restlos ihre Wahlpflicht zu erfüllen.

Auf zur Wahl!

748

Die Ortverwaltung

Möbel
ohne 1 Pfg. Anzahlung
Bettstellen 2376
Matratzen
Kleiderschränke
Küchenbüfetts
Flur-Garderoben
Kinderwagen
Chaiselongues
Plüschsofas
Korbmöbel
Trumeau-Spiegel
Ausziehtische
Tische, Stühle usw.
Herren- und Damen-Garderobe
in großer Auswahl
Kleine Anzahlung
Gering. Abzahlung
Hermann Liebau
Halle a. S.
Merseburger Straße 22

Schreibwaren empfehlen die Volksbuchhandlungen
Lerchenfeldstraße 14 Harz 42/44

Turnschuhe u. Sandalen

Turnschuhe
Ledersohle
36/42 2,95, 31/35 2,45, 27/30 2,15, 24/26 1,85, 21/23 1,45
Marke „Genia“, Vollgummisohle
41/46 3,75, 36/40 3,45, 31/35 2,95, 24/30 2,55

Sandalen
Flexibles Doppelsohle
36/41 5,95, 31/35 5,25, 27/30 4,95, 25/26 4,25
Durchgenäht
36/42 5,25, 31/35 4,90, 27/30 3,90, 25/26 3,25

Schuhwarenhaus Wiebach
Nur Kleine Ulrichstraße 1/2

BORUSSIA-FAHRRÄDER
OPEL-FABRIKAT
Nur 3 Mk. wöchentl. Teilzahl.
Vorführg. kostenlos.

Zweigniederlage:
Martinstr. 9, Ir. Halle a. d. S. Tel. 8629
Vertreter: W. Jablonski

Gewerkschaftshaus Wittenberg
(Freudenbergs Lokal)
Freitag, den 25. u. Sonnabend, den 26. Juni
Einweihung
der neu renovierten Gasträume, wozu die verehrliche Einwohnerschaft von Wittenberg ergebenst eingeladen wird.
Am Sonnabend Öffentlicher Ball, sowie am Freitag Freikonzert, ausgeführt von Herrn Musikmeister Appelt
753
Die Besitzer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260624-19/fragment/page=0010
DFG